



# Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 6. Mai 2026, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Melanie Eberhard (SP), Lukas Faesch (LDP), Raoul I. Furlano (LDP), Georg Mattmüller (SP), Lorenz Amiet (SVP), Johannes Sieber (GLP), Sasha Mazzotti (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

13.	Neue Interpellationen.....	2
13.1.	Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus.....	2
13.2.	Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz.....	2
13.3.	Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung .....	3
13.4.	Interpellation Nr. 49 Stefan Suter betreffend Skulpturhalle .....	4
13.5.	Interpellation Nr. 50 Claudio Miozzari betreffend Erhalt eines starken SRG-Standorts Basel.....	5
13.6.	Interpellation Nr. 51 Franziska Stier betreffend Kündigungen bei der BVB .....	6
13.7.	Interpellation Nr. 52 Joël Thüring betreffend überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt: Wieso brauchen wir eine 10 Millionen-Schweiz?.....	7
13.8.	Interpellation Nr. 53 Beda Baumgartner betreffend Lage des Taxigewerbes und fehlende Umsetzung der Kennzeichnungspflicht im gewerblichen Personentransport.....	9
13.9.	Interpellation Nr. 54 Jérôme Thiriet betreffend Bekämpfung der Waschbärplage im Kanton Basel-Stadt .	10
12.	Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo .....	12
14.	Motion 1 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt .....	16
15.	Motion 2 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt.....	21
16.	Anzug 1 Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtsperre bei eduBS-Books .....	27
17.	Anzug 2 Sandra Bothe und Brigitte Gysin betreffend Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen des Kantons Basel-Stadt .....	28
18.	Anzug 3 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Versorgungslücken bei Spitex-Leistungen für Personen unter 65 Jahren .....	29
19.	Anzug 4 Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend Sicherstellung der Information der Bevölkerung in Schutzräumen nach der geplanten Abschaltung des UKW-Notfallradios (IBBK) .....	29
20.	Anzug 5 Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt.....	29
21.	Anzug 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung und Auslandsschweizer Stimmberechtigte .....	32
22.	Anzug 7 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel.....	32
23.	Anzug 8 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Sicherung von Suizidhotspots .....	35



## Beginn der 14. Sitzung

Mittwoch, 6. Mai 2026, 15:00 Uhr

## 13. Neue Interpellationen

[06.05.26 15:00:06]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit den Interpellationen und ich übergebe dem Statthalter.

### 13.1. Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus

[06.05.26 15:00:20, 26.5147.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

*Brigitte Kühne (GLP):* Ich möchte eigentlich in dem Moment nicht gerade begründen, aber ich möchte begründen, dass ich enttäuscht bin, und zwar, es ist jetzt wirklich sehr schade, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird. Schliesslich habe ich sie ja nicht gerade erst gestern eingereicht und sehr viele Personen warten auf diese Antworten. Daher bin ich da wirklich ein bisschen enttäuscht.

### 13.2. Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz

[06.05.26 15:01:25, 26.5161.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte es.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Es ist schon meine letzte Rede heute. Meine Vorrednerin, Frau Kühne, ich danke Ihnen. Auch ich habe das Anliegen, es ist nicht korrekt, dass der Regierungsrat das nicht mündlich beantwortet, obwohl die Interpellation ja schon seit zwei Monaten vorliegt und ich sie Mustafa Atici schon vor drei Monaten gegeben habe. Aber meine Interpellationen werden ja seit 2020 nur noch schriftlich beantwortet, was schade ist. Es gibt keinen Austausch mehr hier im Parlament. Aber es ist mir egal, ich sage einfach, Wahltag ist Zahltag. Meine letzte Rede, darum freue ich mich, sagen zu dürfen, Eric Weber ist der Präsident der Herzen, jeden Tag viele Fanbriefe und Nachrichten und die jungen Menschen sind Wähler von morgen.

Heute geht es bei meiner Interpellation darum, dass das Schulessen rund 80% der Kinder nicht schmeckt. Auch Beat Flury sagte, dass seine Kinder im Kanton Baselland nicht zufrieden sind. Ich danke den Grossräten, die anwesend sind, aber ich



danke Ihnen, dass Sie zuhören, dass Sie sich freuen. Ich sage immer, Lachen ist das Beste für die Gesundheit, nebst ein bisschen Erotik.

Ich musste den Regierungsrat für Erziehung, Mustafa Atici, schon öfters hier im Rathaus abfangen und ihm sagen, geh selbst mal dieses Essen essen. Aber ich weiss nicht, ob er mich richtig verstanden hat, ich sprach Schweizerdeutsch.

*Michael Hug (LDP):* Herr Weber, sprechen Sie zum Thema bitte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe die sieben Fragen, die mir ein Jurist ausgearbeitet hat, ihm persönlich abgegeben. Da habe nie eine Antwort bekommen. Und es sind Probleme, teures Schulessen, aber es wird einem nur ein Frass geliefert, wie im Gefängnis, wie mir viele junge Menschen berichten. Im Gefängnis bekam ich zum Frühstück nur eine Brotscheibe, ich hatte Hunger.

*Michael Hug (LDP):* Herr Weber, sprechen Sie zum Thema bitte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber wenn man aussuchen kann, wie oftmals viele verwöhnte Kinder, dann wollen diese ein Fünfgangmenü in der Schule. Das muss ich auch sagen, ein Fünfgangmenü in der Schule geht natürlich auch nicht, da müsst ihr mit euren Eltern ins Dreikönig. Ich stelle fest als Präsident der Herzen, heute wollen die Menschen, auch die jungen Menschen, nur noch konsumieren, sind aber nicht bereit, Leistung zu bringen. Und hier setzen wir einen Kreislauf in Gang, der eben hier beim Schulessen anfängt. Ich möchte selbst einmal ein solches Schulessen probieren. Und ich werde mit Mustafa Atici abmachen, dass ich auch mal so essen darf. Aber wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob er weiss, was ich meine.

*Michael Hug (LDP):* Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Jetzt bin ich gespannt, ob ich im Basler Schulblatt komme, und ich sage Ihnen, als Grossrat und Parteipräsident laufe ich Sturm, wenn das Basler Schulblatt die Interpellation boykottiert und negiert. Im Basler Schulblatt, den man als Grossrat seit 43 Jahren bekommt, wird immer aus dem Grossen Rat berichtet und wenn man das Thema nicht bringt, laufe ich Sturm beim Regierungsrat Mustafa Atici und gehe dort ins Erziehungsdepartement. Ich habe das Anrecht und ich möchte das auch im Schulblatt, jetzt meine Interpellation, die von mehreren Juristen ausgearbeitet wurde. Es ist nicht mein Text, es ist mein Team, dass das berücksichtigt wird. Ich werde genau auf das Schulblatt schauen und ich werde einen Besuch beim Erziehungsdepartement machen und ich bin enttäuscht.

### **13.3. Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung**

[06.05.26 15:06:54, 26.5166.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte es.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich möchte nur ganz kurz ausführen, dass ich ausnahmsweise gut und richtig finde, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird, weil es einige Abklärungen gibt, die gemacht werden sollten und müssen vorher. Mir geht es im Wesentlichen darum, dass man sich Gedanken darüber machen muss, dass jedes staatliche Handeln eine gesetzliche Grundlage braucht, dass das Legalitätsprinzip beachtet werden soll bei jedem staatlichen Handeln und dass wir hier offensichtlich im Wesentlichen bei der Stadtbildkommission Tendenzen erkennen, die entgegen dem, was der Grosse Rat vor Jahren hier diskutiert und beschlossen hat, die Stadtbildkommission sich nach wie vor offensichtlich überall berufen fühlt, mitzuwirken, mitzureden, mitzumachen, ohne dass entsprechende gesetzliche Grundlagen vorhanden



sind. Mir geht es darum, dass der Regierungsrat diesen Aspekt besonders beleuchtet, weil wir hier sehen, dass Bauvorhaben unnötig erschwert und verzögert werden und dass hier wohl die gesetzliche Grundlage nicht ausreicht und, oder anders gesagt, dass der Grosse Rat ganz klar schon gemacht hat, dass er das so nicht wünscht. Deshalb bin ich sehr gespannt auf die Antwort und wie gesagt, ich freue mich, dass sie schriftlich erfolgt.

### 13.4. Interpellation Nr. 49 Stefan Suter betreffend Skulpturhalle

[06.05.26 15:08:49, 26.5167.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst einleitend. Die Skulpturhalle beherbergt eine der grössten Sammlungen von Abgüssen antiker Plastik. Es handelt sich dabei um 1:1-Kopien von bedeutenden Skulpturen der Antike. Solche wurden besonders im 19. und frühen 20. Jahrhundert für Studienzwecke sehr geschätzt. Ursprünglich ersetzten sie in vornehmen Privathäusern und Museen die nördlich der Alpen fehlenden Marmor-Originale. Sie wurden auch zu Lehrzwecken in Kunstakademien und in archäologischen und kunsthistorischen Instituten untergebracht. Im 20. Jahrhundert und insbesondere in Basel wurden sie auch für die Rekonstruktion verlorener Skulpturengruppen verwendet. Aufgrund anderer Reproduktionstechniken und der zunehmenden globalen Mobilität wurden sie in einigen europäischen Sammlungen durch Originale verdrängt oder ganz aufgegeben.

Die Abgüsse der Skulpturhalle in Basel werden seit 1961 vom Antikenmuseum verwaltet. Die Sammlung wurde 1830 begonnen und befand sich ab 1849 im damals neu eröffneten Museum an der Augustinergasse, dem Berri-Bau. 1887 zog sie in die Basler Kunsthalle um, wo eigens ein Flügelbau für sie errichtet wurde, dort, wo heute eine Werkstatt und das Stadtkino sind. 1927 wurde die Sammlung aus Platzmangel magaziniert und heute ist die Skulpturhalle an der Mittleren Strasse untergebracht. Sie kann auf Anfrage oder zu den regulären Öffnungszeiten montags und mittwochs besucht werden. Der Eintritt ist frei. In der Skulpturhalle finden auch Vermittlungsprogramme statt. Die Skulpturhalle zog im Jahr 2025 3'810 Besuchende an, inklusive Museumsnacht.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Die Festlegung der Öffnungszeiten liegt in der Kompetenz des Antikenmuseums, wobei sie wirtschaftlich sinnvoll gestaltet sein sollte. Die Entscheidung für die Reduktion der Öffnungszeiten traf das Antikenmuseum 2016 vor dem Hintergrund einer Kürzung des Globalbudgets um 200'000 Franken pro Jahr. Die Alternative wäre gewesen, die Skulpturhalle ganz zu schliessen. Das Museum plant aktuell keine Erweiterung der Öffnungszeiten. Für das Standortmarketing Basels als Museumsstadt sind die Öffnungszeiten der Skulpturhalle nicht ausschlaggebend.

Zu Frage 3. Es steht dem Antikenmuseum frei, ein solches Konzept zu entwickeln, sofern das Museum dies als Priorität erachtet und es sich innerhalb des vom Grossen Rat gesprochenen Globalkredits verwirklichen lässt.

Zu Frage 4. Es ist geplant, dass Teile der Skulpturhalle in die Dauerausstellung am künftigen Standort an der Augustinergasse, also im Berri-Bau, integriert werden. Dies würde auch an die historische Erstpräsentation im 19. Jahrhundert anknüpfen können.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Stefan Suter (SVP):* Herr Regierungspräsident, ich danke Ihnen für diese Ausführungen. Diese Skulpturhalle ist wirklich eine sehr bedeutende Sammlung, ein sehr bedeutendes Museum und ich freue mich, dass der Regierungsrat das auch so sieht. Leider aber ist es praktisch immer geschlossen, man kann es in der sich selbst Museumsstadt nennenden Stadt Basel eigentlich praktisch gar nicht besuchen, ausser zweimal. Wochenende zu, Schulferien zu, das ist einfach schade. Ich kann deswegen nicht wirklich befriedigt sein mit dieser freundlichen Antwort, weil ich mir eigentlich mehr erhoffe, dass man dieses Museum eben besuchen kann. Was mich immerhin gnädig stimmt, ist dann die letzte Antwort, dass das dann irgendwie integriert wird. Hoffentlich macht man das und in diesem Sinne würde ich dann Ihnen anbieten, teilweise befriedigt zu sein.



*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13.5. Interpellation Nr. 50 Claudio Miozzari betreffend Erhalt eines starken SRG-Standorts Basel**

[06.05.26 15:13:33, 26.5173.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Ja, der Regierungsrat steht in regelmässigem Kontakt mit der SRG-Führung. Dieser Austausch findet auf verschiedenen Ebenen statt, das heisst, sowohl mit der Leitung von SRF als auch mit der nationalen SRG. Zusätzlich werden die von der Interpellation aufgeworfenen Themen im Rahmen der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren und der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) besprochen. Ein direkter Austausch ist zudem durch den Einsitz des Kantons Basel-Stadt im Vorstand der regionalen Trägerschaft SRG Region Basel gewährleistet. Dieses Mandat wird aktuell vom Generalsekretär des Präsidialdepartements wahrgenommen.

Zu Frage 2. Die Entscheidungshoheit über die Ansiedlung einzelner Unternehmenseinheiten oder Aktivitäten in Basel liegt allein beim SRF. Eine verbindliche Zusatzsicherung für den Verbleib oder die Ansiedlung bestimmter Einheiten gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat hat keine Kenntnis von einem Vorhaben, SRF 2 Kultur einzustellen.

Zu Frage 4. Eine Schliessung des Kulturstandorts Basel würde dem Auftrag des Bundesrates an die SRG widersprechen, der eine Fokussierung auf Information, Kultur und Bildung vorsieht. Das Studio Basel ist einer der drei SRF-Hauptstandorte. Er ist insbesondere der Hauptstandort für die Kulturberichterstattung von SRF. Der Regierungsrat verfügt über keine Informationen von Seiten der SRG oder von SRF, dass sich daran etwas ändern sollte. Der Regierungsrat hat bereits frühzeitig die mittlerweile durch den Bundesrat beschlossene Senkung der Haushaltsabgabe von 335 auf 300 Franken entschieden abgelehnt. Er hat davor gewarnt, dass eine solche Senkung die Verankerung der SRG in den Regionen schwächen könnte. Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass die SRG Sparmassnahmen ergreifen muss. Er hat gegenüber der SRG und der SRF-Leitung immer konsequent gefordert, dass der Standort Basel nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein darf.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat steht in regelmässigem Kontakt mit der SRG und mit der SRF. Der Kanton Basel-Stadt ist überdies mit einem Delegierten im Vorstand der regionalen Trägerschaft SRG Region Basel vertreten. Die Trägerschaft setzt sich gemäss ihren Statuten für einen starken SRG-Standort Basel ein. Generell verlangt der Service Public, dass die SRG an unterschiedlichen regionalen Standorten substantiell vertreten ist. Dass die trimediale SRF-Kulturabteilung seit 2019 im Meret-Oppenheim-Hochhaus in Basel ihren Sitz hat, ist eine Folge davon. Der Regierungsrat hat sich auf politischer Ebene konsequent für die Anliegen der SRG eingesetzt. So hat er zuletzt vor der Volksabstimmung im März 2026 offen gegen die SRG-Halberungsinitiative Position bezogen. Die Stimmbevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat die Initiative mit dem schweizweit grössten kantonalen Nein-Anteil verworfen. Allgemein engagiert sich der Kanton Basel-Stadt in substantiellem Mass für die SRG, vor einem Jahr auch mit der partnerschaftlichen Organisation des Eurovision Song Contest in Basel. Auch vor diesem Hintergrund geht der Regierungsrat davon aus, dass die SRG bezugsweise das SRF am Kulturstandort Basel in der Kulturstadt Basel festhalten wird. Gegen eine Schliessung des SRF-Kulturstandorts würde sich der Regierungsrat dezidiert aussprechen und mögliche Massnahmen prüfen.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Claudio Miozzari (SP):* Vielen Dank für die Antworten. Auch Herr Sutter hat es gesagt, die Anti-SRG-Initiative wurde in Basel mit über 71% deutlich abgelehnt, auch national war die Ablehnung mit über 61% deutlich. Die SRG musste schon vorher massiv sparen und mich stört es, dass nun die Abstimmung quasi weiterhin so gedeutet wird, als gäbe es einen riesigen Spardruck. Das war vorher klar, ja, es wird weitere Sparbemühungen geben müssen, aber dass man jetzt den Volkswillen, der doch ganz deutlich ist, dass dieser Service Public der Bevölkerung wichtig ist und vor allem, dass die Standorte in der



ganzen Schweiz der SRG wichtig sind, umgedeutet werden könnte, das stört mich sehr. Es darf nicht bei der Präsenz in den Landesteilen runtergefahren werden und insbesondere nicht in Basel noch mehr eingespart werden. Und gerade bei der Kultur, das ist unbestritten Service Public, eine Schliessung von SRF 2 und ein weiterer Abbau in Basel ist mit diesem Geschehen nicht vereinbar und einfach unhaltbar.

Wir möchten uns zur Wehr setzen und werden das als SP auch in Bundesbern tun. Eva Herzog und Sarah Wyss wollen entsprechend aktiv werden und ich bin dankbar, dass auch der Regierungsrat sich dagegen wehren möchte. Herr Sutter hat festgehalten, man hat nichts davon gehört, dass SRF 2 abgebaut wird und geht auch davon aus, dass das nicht geschehen wird. Wir dürfen uns nicht ganz fest darauf verlassen, dass das nicht geschehen wird. Ich glaube, es braucht wirklich eine Gegenwehr und ich bin froh, wenn wir da auch auf den Regierungsrat zählen dürfen. Entsprechend bin ich mit den Antworten zufrieden.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13.6. Interpellation Nr. 51 Franziska Stier betreffend Kündigungen bei der BVB**

[06.05.26 15:19:27, 26.5174.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 und 2, zu Auftrag und Wortlaut. Die Geschäftsleitung der BVB hat den Auftrag an PwC erteilt. Das Ziel lautet, Zitat: Die Administration und die Indirektproduktiven, das sind rund 400 FTI, also Vollzeitäquivalente, sollen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität überprüft und mögliche Massnahmen identifiziert werden. Dies mittels Durchführung eines Benchmarkings von Transportunternehmen, um diese Bereiche objektiv im Branchenvergleich einzuordnen.

Zu Frage 3, nach Alternativen. Die BVB prüft laufend Massnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung und setzt diese um. Allein mit Effizienzsteigerungsmassnahmen wie Prozessanpassungen und Digitalisierung wären die erforderlichen Einsparungen jedoch nicht erreichbar.

Zu Frage 3b, zu den Annahmen. Sie basieren auf dem Benchmark mit anderen Transportunternehmen. Dieser hat gezeigt, dass gewisse Bereiche der BVB, etwa Personal, Finanzen und Unternehmensstab, im Branchenvergleich einen höheren Personalbestand aufweisen.

Zur Frage 3c, zu externen Benchmarks. PwC hat für die Analyse vier Schweizer ÖV-Unternehmen mit der BVB verglichen. Die Namen der ausgewählten Unternehmen sind der BVB nicht bekannt, es handelt sich aber um vergleichbare ÖV-Transportunternehmen.

Zu Frage 3d, nach den Kosten. Die Kosten belaufen sich für diese Analyse auf 127'000 Franken.

Zu Frage 3e, wie wird sichergestellt, dass strategische Entscheidungen nicht an die PwC ausgelagert werden. Die PwC wurde nur mit der Durchführung der Analyse beauftragt. Eine Entscheidung über die Ausrichtung der BVB oder Personalmassnahmen ist nicht vorgesehen. Dies obliegt dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung.

Zu Fragen 4 und 5, zur Rolle des Verwaltungsrats und der Regierung. Der definitive Entscheid über den Stellenabbau wurde von der BVB-Geschäftsleitung gefällt. Der Verwaltungsrat war in den Prozess eingebunden. Die Eignervertretung des BVD wurde über die Initiierung des Projekts mit PwC sowie über den daraus resultierenden Stellenabbau informiert. Die Regierung wurde nach dem Entscheid mündlich informiert.

Zu Frage 6, zu den abfedernden Massnahmen. Die Mitarbeitenden der BVB unterstehen dem baselstädtischen Personalgesetz. Der Stellenabbau erfolgte in diesem Rahmen. Gemäss BVB wurden folgende Massnahmen ergriffen, einheitlich geregelte Abfindungen, verlängerte Kündigungsfristen in Härtefällen, Outplacements, Unterstützung bei Anschlusslösungen, dies auch in Zusammenarbeit mit den HR-Leitungen des Kantons, und Prüfung von Frühpensionierungen.

Zu Frage 7, ob weitere Umstrukturierungen mit Personalabbau angedacht sind. Nein, das ist nicht der Fall.



*Michael Hug (LDP):* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Franziska Stier (BastA):* Die BVB sind dem Personalgesetz des Kantons Basel-Stadt unterstellt. Wir reden hier also nicht von einem Privatunternehmen, das stur nach marktwirtschaftlichen Zwängen funktionieren muss, sondern das in erster Linie einen Versorgungsauftrag erfüllen muss. Und als Gewerkschafterin und Grossrätin sehe ich den Kanton in der Verantwortung, natürlich über Mittelverwendung und Effizienz zu wachen, aber eben auch seine Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden wahrzunehmen. Der Blick auf die ergriffenen abfedernden Massnahmen lässt deutlich Luft nach oben.

Wenn wir über Manager-Gehälter sprechen, dann heisst es immer, die müssen so hoch sein, weil das Management und der Verwaltungsrat so viel Verantwortung tragen. Aber wer trägt denn jetzt die Verantwortung für die 20 Personen? Und natürlich lösen Sparübungen und Personalabbau Ängste in der gesamten Belegschaft aus. Wen trifft es als nächstes, wer kompensiert die Arbeit der fehlenden Kolleg\*innen? Die Mitarbeitenden der BVB, und damit sind alle gemeint, die täglich zum Funktionieren von Basel beitragen, sei es bei der Durchführung von Grossanlässen wie der Frauen EM und dem ESC oder im alltäglichen Nachtdienst. Es ist ihre tägliche Arbeit im Büro, an der Fahrerinnenfront oder in der Werkstatt, die für eine soziale, gerechte und verantwortungsvolle Klimapolitik unerlässlich sind. Aus diesen Gründen dürfen wir uns politisch nicht von Spardiktaten externer Beratungsunternehmen treiben lassen. Es ist unsere Aufgabe, den Gestaltungsspielraum zu nutzen, die BVB zukunftsfähig zu halten und dazu gehört eben auch, Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden wahrzunehmen.

Erleichtert bin ich über die Antwort, dass nun keine Umstrukturierungen mit Personalabbau mehr erfolgen sollen und ich hoffe, dass das nicht eine vorläufige, sondern eine definitive Antwort ist. Ergänzen möchte ich noch, da ja nicht bekannt ist, welche ÖV-Betriebe als Benchmark benutzt werden, dass ich schwer hoffe, dass der ÖV Winterthur nicht dabei war, denn dort ist der Personalnotstand so dermassen gross und die Arbeitsbedingungen so problematisch, dass diese kürzlich in den Streik getreten sind. Insofern erkläre ich mich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

*Michael Hug (LDP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13.7. Interpellation Nr. 52 Joël Thüring betreffend überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt: Wieso brauchen wir eine 10 Millionen-Schweiz?**

[06.05.26 15:26:27, 26.5175.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die Arbeitslosenquote ist in städtischen Zentren traditionell höher als in ländlich geprägten Regionen. Sie schwankt regelmässig und hängt vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese verläuft je nach Region und Wirtschaftsstruktur unterschiedlich.

Zu Frage 2. Die Ursachen für Arbeitslosigkeit sind vielfältig und verändern sich im Zeitverlauf. Aktuell sind gut bis hoch qualifizierte Personen stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen. Unternehmen sind angesichts der unsicheren globalen Wirtschaftslage zurückhaltend mit Investitionen und Neueinstellungen. Dadurch bleiben Stellensuchende länger arbeitslos. Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» würde diese Unsicherheit der Wirtschaft massiv verschärfen. Vor wenigen Jahren war hingegen die kurzfristige Arbeitslosigkeit der stärkere Treiber der Quote.

Zu den Fragen 3 und 4. Im Jahr 2025 lag die Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt im Durchschnitt bei 4,3%. Dabei lag die Arbeitslosenquote von ausländischen Staatsangehörigen bei 5,9%, während sie bei Schweizer Bürgerinnen und Bürgern bei 3,1% lag. Eine differenziertere statistische Aufteilung nach Nationalitäten für den Kanton Basel-Stadt ist im Rahmen dieser Interpellationsbeantwortung nicht möglich. Ein Blick auf die gesamtschweizerische Erwerbstätigkeit ordnet diese Zahlen jedoch ein. Die gesamtschweizerische Erwerbstätigenquote von zwischen 15- und 64-jährigen Schweizerinnen und Schweizer lag im Jahr 2025 bei 81,7%. Bei der ausländischen Wohnbevölkerung lag dieser Anteil bei 75,9%, wobei der



Anteil der erwerbstätigen Personen mit EU-EFTA-Staatsangehörigkeit bei 81,5% lag. Damit sind Bürgerinnen und Bürger aus der EU-EFTA-Staaten in ebenso hohem Masse wie die Schweizer Wohnbevölkerung am Arbeitsmarkt beteiligt. Sie tragen damit über ihre Lohnbeiträge entscheidend zur Stabilität und Finanzierung der Schweizer Sozialversicherungen bei. Ergänzend ist festzuhalten, dass Personen ohne dauerhafte Aufenthaltstitel, etwa Grenzgängerinnen und Grenzgänger, von dieser Statistik nicht erfasst sind. Sie beziehen allfällige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung im jeweiligen Herkunftsland.

Zu Frage 5. Finanzielle Leistungen der Arbeitslosenversicherung können nur Personen beziehen, die vorab über ihre Lohnbeiträge in diese Versicherung einbezahlt haben. Ein direktes Einwandern in die Arbeitslosenversicherung ist nicht möglich. Für die Aufschlüsselung ist auf das online verfügbare Dossier Arbeitsmarkt des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt zu verweisen.

Zu Frage 6. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden durch den nationalen Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung gedeckt. Dieser finanziert sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmenden mit Lohnabzügen, der Arbeitgebenden, des Bundes sowie der Kantone. Die Versicherten und ihre Arbeitgeber zahlen somit eine Prämie, die die Leistungen zum grössten Teil decken. Der feste gesetzlich vorgeschriebene Kantonsanteil vom Kanton Basel-Stadt betrug im Jahr 2025 1'025'000 Franken. Eine umfassende Analyse sämtlicher direkten und indirekten Kosten, die durch arbeitslose ausländische Staatsangehörige entstehen, ist im Rahmen dieser Interpellationsbeantwortung nicht möglich. Eine solche Aufstellung müsste zudem dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung sowie den erheblichen Beitragsleistungen der ausländischen Bevölkerung an die hiesigen Sozialsysteme gegenübergestellt werden.

Zu Frage 7. Zahlreiche Unternehmen und Institutionen im Kanton Basel-Stadt sind im hohen Mass auf internationale Arbeitskräfte angewiesen. Dies gilt insbesondere für systemrelevante Bereiche wie das Gesundheitswesen, etwa die Spitäler, aber auch für weitere Branchen wie die Life Sciences, die Baubranche oder der Detailhandel. Diese Arbeitskräfte sind eine zentrale Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Betriebs und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. So ist auch der Erfolg unserer Life Sciences-Firmen ohne ausländische Arbeitskräfte undenkbar. Sie tragen wesentlich dazu bei, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche Beschäftigung zu schaffen.

Zu Frage 8. Schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung ist eine weitere Zuwanderung notwendig, sofern wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand erhalten wollen. Zudem verlangt die genannte Volksinitiative schon nach einem vierprozentigen Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung auf 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Massnahmen im Bereich des Familiennachzugs. Dies bedingt eine Kündigung der Personenfreizügigkeit und bedeutet damit das Ende des bilateralen Weges mit der EU. Diese Massnahme würde unsere Wirtschaft massiv schaden und das Leben im Dreiland deutlich erschweren. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die Initiative der SVP klar ab.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Es ist schon sehr erstaunlich, wie Regierungsrat Kaspar Sutter sich hier der Arbeit verweigert. Der Regierungsrat kann eine Interpellation von Frau Kühne, die vor mehreren Wochen eingereicht wurde, nicht heute mündlich beantworten, eine Interpellation, die ich am Montagmorgen eingereicht habe, kann er mündlich beantworten, indem er einfach alle Zahlen nicht nennt, weil er Angst vor der Wahrheit hat.

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort nun dargelegt, dass die Arbeitslosigkeit von EU-EFTA-Bürgern auch im Kanton Basel-Stadt überdurchschnittlich hoch ist. Selbstverständlich ist auch mir bekannt, dass Grenzgänger nicht von unserer Arbeitslosenversicherung in diesem Ausmass profitieren können, aber es geht ja um die anderen, es geht um die Zuwanderung. Ein Grenzgänger wandert nicht zu. Hier werden natürlich bewusst auch im Hinblick auf die Abstimmung unserer Nachhaltigkeitsinitiative Unwahrheiten durch den Bundesrat, den Basler Bundesrat, aber auch nun durch Regierungsrat Kaspar Sutter erzählt. Deshalb glaube ich, können wir heute aufgrund dieser sehr rasch vorgetragenen Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation festhalten, dass er sich vor den konkreten Zahlen fürchtet. Denn ansonsten könnte er es, wie er ja alle Interpellationen behandelt, die eine konkrete Frage zu Zahlen und Statistiken haben, schriftlich vorlegen. Er hätte dafür fast vier Wochen Zeit und es wäre sicherlich möglich, dass er diese Zahlen auch präsentieren kann. Aber es kommt ihm sehr ungelegen, denn er müsste ja diese Zahlen auch noch vor dem Abstimmungstermin am 14. Juni präsentieren und damit aufzeigen, dass diese Mär der qualifizierten Zuwanderung, die keinen Einfluss hat auf unseren Wohlstand, eben tatsächlich nur eine Mär ist.

Diese überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit führt zu Problemen bei unseren Sozialversicherungen, führt zu Problemen auch an anderer Stelle und hier wäre es für die Wahrheitsfindung wahrscheinlich hilfreich, wenn man diese Aufschlüsselung der Arbeitslosen nach Nationalität entsprechend auch darlegen würde. Das ist ja selbstverständlich jederzeit möglich und die entsprechenden Ressourcen stehen unserer üppig ausgestatteten Verwaltung ganz bestimmt zur Verfügung.



Dann auch der letzte Punkt von Herrn Regierungsrat Kaspar Sutter, diese ebenfalls sehr falsche Behauptung mit der Initiative der SVP, die am 14. Juni zur Abstimmung kommen würde, würde die Personenfreizügigkeit gekündigt werden müssen, müssten die bilateralen Verträge gekündigt werden. Das ist natürlich eine nächste Unwahrheit. Das ist selbstverständlich nicht der Fall, sondern es geht darum, in einem solchen Fall die Situation mit der Europäischen Union zu beurteilen und neu zu verhandeln. Das liegt im Wesen eines Vertrages, dass man ihn von Zeit zu Zeit auch neu beurteilen und neu behandeln muss. Schliesslich ist das Problem der unqualifizierten Zuwanderung in der Schweiz auch ein Problem, das die EU hat. Deshalb gewinnen ja auch rundherum rechtsbürgerliche Parteien in Europa die Wahlen. Und nehmen Sie jetzt bitte nicht Ungarn als Gegenbeispiel, der Wahlsieger in Ungarn ist ebenfalls rechtsbürgerlich.

Ich bin deshalb sehr enttäuscht vom Regierungsrat, dass er hier keine Transparenz schaffen möchte. Ich bin besorgt über diese überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von beinahe 5% im Kanton Basel-Stadt. Hier scheint der Regierungsrat weiterhin nicht gewillt zu sein, daran zu arbeiten, dass diese Arbeitslosigkeit tiefer wird. Offenbar möchte er auch nicht priorisieren, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die arbeitslos sind und aus der Schweiz sind, vielleicht mehr Möglichkeiten haben, wieder eine Anstellung zu finden. Er möchte lieber Tür und Tor offen behalten, um weitere Arbeitskräfte ins Land zu holen, um dann vielleicht auch schweizerische, inländische Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Das ist aus meiner Sicht eine, zwar vielleicht aus Sicht der Wirtschaft sehr nachvollziehbare Politik für das Gemeinwohl in unserem Land, aber sehr schädlich und ich bedaure es sehr, dass der Regierungsrat sich hier ebenfalls dafür ausspricht, dass weiterhin eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland möglich ist. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13.8. Interpellation Nr. 53 Beda Baumgartner betreffend Lage des Taxigewerbes und fehlende Umsetzung der Kennzeichnungspflicht im gewerblichen Personentransport**

[06.05.26 15:35:56, 26.5176.01]

*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 und 2. Der Regierungsrat hatte dem Grossen Rat beantragt, ihm die Motion als Anzug zu überweisen, um zunächst eine Auslegeordnung vornehmen zu können. Der Grosse Rat hat sich anders entschieden und die Motion mit Frist bis 7. Februar 2028 überwiesen. Er wird dem Grossen Rat entsprechend eine Vorlage unterbreiten.

Zu Frage 3 bis 5 und 7. Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das Taxigewerbe zunehmendem Wettbewerbsdruck ausgesetzt und die wirtschaftliche Lage für viele Betriebe schwierig ist. Er nimmt diese Entwicklung ernst. Die Kantonspolizei, insbesondere die Abteilung Mobile Verkehrspolizei, stand in den vergangenen Jahren immer wieder in Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Branche. Der Regierungsrat prüft zwei hängige Vorstösse, welche Massnahmen zu fairen Wettbewerbsbedingungen fordern. Staatliches Handeln ist grundsätzlich nicht darauf ausgerichtet, einzelne Marktteilnehmende oder Branchen im Wettbewerb wirtschaftlich abzusichern. Der Staat vollzieht und kontrolliert aber im Rahmen seiner Kompetenzen die gesetzlichen Vorgaben, damit sich einzelne Marktteilnehmende nicht mit dem Nichteinhalten von Gesetzen Wettbewerbsvorteile verschaffen können.

Zu Frage 6. Der Regierungsrat anerkennt, dass Taxis das Angebot des öffentlichen Verkehrs ergänzen und insbesondere in der Feinverteilung eine wichtige Funktion im kantonalen Verkehrsangebot erfüllen. Dieses Angebot ist derzeit gewährleistet.

Zu Frage 8. Über konkrete Massnahmen hat der Regierungsrat noch keinen Beschluss gefasst. Er wird die Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport umsetzen. Gleichzeitig werden auch die Anliegen des Anzugs Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und mögliche Anpassung des Taxigesetzes berücksichtigt. Zudem hat der Regierungsrat dem Grossen Rat gerade gestern beantragt, die Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport zur Erledigung zu überweisen. Zu allen überwiesenen Vorstössen wird der Regierungsrat dem Grossen Rat eine abgestimmte Gesetzesvorlage unterbreiten.



*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Beda Baumgartner (SP):* Lassen Sie es mich vorwegnehmen, ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort und wenn ich die Antwort lese, und ich sage es auch noch konkret, auch das zuständige Departement, dann muss ich wirklich sagen, da kann ich mir nur vorstellen, dass es indirekt um Arbeitsverweigerung oder sehr direkt um Arbeitsverweigerung geht.

Während Taxifahrer\*innen und Taxiverbände, und wenn man die Gespräche mit ihnen führen würde, dann würde man das hören, davon sprechen, dass sie Umsatzeinbussen haben von über 50%, dass sie sagen, der Zustand ist in der Dimension von der Pandemie, sagt der Regierungsrat, er müsse, Zitat: sich das alles mal richtig anschauen und dann weitermachen. Im Taxigesetz steht, Taxis ergänzen das Angebot des öffentlichen Verkehrs und prägen das Erscheinungsbild des Kantons. Es ist einfach nur zynisch, wenn der Regierungsrat sagt, das sei momentan gewährleistet. Wir haben schon die Realität, dass irgendwelche Dienstleistungen weiterhin stattfinden werden, die als Taxis interpretiert werden von breiten Kreisen der Bevölkerung. Es werden einfach keine Taxis mehr sein.

Der Regierungsrat sagt, leider hat ihm der Grosse Rat die Beschriftung der Fahrzeuge als Motion überwiesen und er braucht vier Jahre anscheinend, wie ich es heute höre in dieser Interpellationsantwort, vier Jahre, um eine Beschriftung von Fahrzeugen durchzusetzen, wo andere Kommunen und Städte das innerhalb von Wochen oder Monaten erledigt haben. Der Regierungsrat habe keine konkreten Massnahmen zu einem Beschluss gefasst. Ja, kann man so sehen, kann man so sagen, wen es freut, sind die internationalen Plattformdienstleistenden, die dann in einen Markt einsteigen werden, wenn wir dann endlich reguliert haben, wo sie den Markt komplett überrumpelt und eingenommen haben. Die Fahrdienste, die senken die Preise just vor einem Monat wieder um 10%, abgewälzt wird das auf die Fahrer\*innen.

Und was mich am meisten stört an der Antwort des Regierungsrates, es wird so suggeriert, das wäre das ein Markt mit gleichen Voraussetzungen und gesetzlichen Vorgaben. Das stimmt doch einfach nicht, das wird ja nicht mal bestritten. Die Sozialversicherungsbeiträge werden nicht abgeführt. Das interessiert diese Unternehmen nicht, sie rekurrieren einfach die ganze Zeit munter, es gibt einen einzigen Kanton, der mit ihnen eine Vereinbarung gemacht hat, wo sie rückwirkend bis 2014 noch bezahlt haben, das war der Kanton Genf, sonst machen diese Unternehmen, was sie wollen, und der Regierungsrat sagt, wir brauchen vier Jahre, um eine Beschriftung durchzusetzen. Vier Jahre, um eine Beschriftung von Fahrzeugen durchzusetzen und hat dann noch die Kühnheit, gleichzeitig zu sagen, er kontrolliert und vollzieht ja. Dabei hat er selber beantwortet, dass er nicht gut vollziehen kann, weil sie nicht beschriftet sind.

Also ich bin wirklich ein bisschen fassungslos, man kann von mir aus wirklich auch aus einer reinen Gewerbersperspektive anfangen, Massnahmen zu ergreifen jetzt im Hier und Jetzt für lokal ansässiges Taxigewerbe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss für das keine linke Agenda durchsetzen, man muss nur mal sagen, wir möchten das Gesetz, das wir für alle haben und für alle gilt, wir möchten das auch vollziehen können.

Und dann sagen Sie immer, Sie sind im Austausch mit der Branche. Also irgendwann muss ich Ihnen sagen, ist das halt auch nur noch zynisch, weil wenn Sie im Austausch mit der Branche sind, dann hören Sie doch, was die Branche Ihnen sagt. Und zeigen Sie mir einen Branchenvertreter, eine Branchenvertreterin, die sagt, ja, es ist alles in Butter, es ist alles super, die super Privilegien, die wir haben mit der Zufahrt in der Innenstadt und den speziellen Parkplätzen, das wiegt voll auf, das Uber und Bolt und Lyft und wie sie alle noch heissen, einfach die ganze Zeit die Tarife senken und die Leute aus dem Markt spicken. Das sagt Ihnen niemand? Ich kann einfach nicht verstehen, warum man nicht die banalsten, grundlegendsten, jetzt komme ich mit einem so schönen Anglizismus, Low-hanging fruit, warum man die nicht macht auf Vollzugsebene. Wirklich, ich kann es einfach nicht nachvollziehen.

Ich appelliere noch einmal an den Regierungsrat und das zuständige Departement hauptsächlich, jetzt endlich etwas in dem Bereich zu tun, weil wenn wir in vier Jahren dann tatsächlich ein neues Taxigesetz machen und wenn wir es erst in vier Jahren anfangen zu diskutieren in diesem Rat, dann müssen wir über einen grossen Teil der Taxibranche einfach nicht mehr diskutieren, weil es sie nicht mehr gibt.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13.9. Interpellation Nr. 54 Jérôme Thiriet betreffend Bekämpfung der Waschbärplage im Kanton Basel-Stadt**

[06.05.26 15:43:53, 26.5178.01]



*Michael Hug (LDP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Genaue Zahlen über die Verbreitung und Populationsentwicklung von Waschbären in Basel-Stadt liegen nicht vor. Seit das Amt für Wald und Wild beider Basel das Wildtiermanagement in Basel-Stadt per 1. April 2024 übernommen hat, wurden 22 Sichtungen registriert. Obwohl es sich dabei teilweise um dieselben Tiere handeln könnte, ist von einer höheren Anzahl auszugehen.

Zu Frage 2. Bisher ist in einem Fall bekannt, dass ein Waschbär über eine Katzenklappe in ein Haus eingedrungen ist. Da der Waschbär sofort entdeckt wurde und flüchtete, ist kein Schaden entstanden.

Zu Frage 3. Es wurden in den letzten zwei Jahren vier Waschbären gefangen und euthanasiert.

Zu Frage 4. Die wenigen Fänge waren über das Jahr verteilt. Durch den Fang im Gegensatz zum Abschuss konnte sichergestellt werden, dass kein Muttertier in Aufzucht getötet wurde. In Basel-Stadt gilt der Elterntierschutz auch für invasive gebietsfremde Arten.

Zu Frage 5. Es ist davon auszugehen, dass keine Jungtiere verweist sind, da die gefangenen Tiere dahingehend auch durch Untersuchung des Gesäuges überprüft wurden.

Zu Frage 6. Gemäss Bundesrecht gelten Waschbären als invasive gebietsfremde Arten und unterliegen einer ganzjährigen Entnahmepflicht. In Basel-Stadt wird hierbei jedoch der Elterntierschutz gewahrt. Aus Sicherheitsgründen wird auf Abschüsse weitgehend verzichtet, stattdessen werden die Tiere vornehmlich gefangen oder betäubt. Bisher wurde in Basel-Stadt kein Waschbär abgeschossen.

Zu Frage 7. Im Kanton Basel-Stadt fanden bisher keine Abschüsse statt. Der Regierungsrat sieht in der Reduktion der Waschbärenpopulation jedoch die wirksamste Möglichkeit, um negative Auswirkungen durch die Verbreitung von Waschbären zu verhindern. Entnahmen durch Fänge können Populationsdynamik bremsen und damit die Verbreitung des Waschbären eindämmen. Andere Schutzmassnahmen für die Fauna sind nicht möglich.

Zu Frage 8. Zur Vorbeugung von Sachschäden sieht der Regierungsrat primär präventive Schutzmassnahmen durch die Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften. Als wirksamste Methode gilt dabei der Entzug von Futterquellen. Ergänzend empfiehlt es sich, Katzenklappen mit Sensoren auszustatten, Fenster konsequent geschlossen zu halten und Fallrohre zu verkleiden. Im Übrigen verweisen wir auf die Antworten der Fragen 11 und 12.

Zu Frage 9. In der Schweiz ist Basel-Landschaft neben dem Kanton Aargau wohl der am stärksten betroffene Kanton. Die Erfahrungen, die in Basel-Landschaft seit 2021 gemacht werden, fliessen in das Management für den Kanton Basel-Stadt ein. Mit dem Kanton Aargau besteht ein enger Austausch.

Zu Frage 10. Über den Expert\*innen-Ausschuss Jagd der Oberreinkonferenz besteht ein Gefäss für den Austausch zu Waschbären, das auch schon dafür genutzt wurde. So ist unter anderem die Beschaffung tierschutzfreundlicher, waschbärenspezifischer Fallensysteme auf die Erfahrung in Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Die Stadt Karlsruhe verfügt wie Basel-Stadt über professionelle Wildtierbeauftragte, die in diesem Gremium von den Erfahrungen mit den Waschbären berichten.

Zu Frage 11. Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Basel-Stadt haben kürzlich gemeinsam ein Merkblatt publiziert, das über den Waschbären und Präventionsmassnahmen informiert.

Zu Frage 12. Der Waschbär wird sich auch mit Präventionsmassnahmen weiter ausbreiten. Er verfügt über eine enorme Populationsdynamik, wie die Erfahrungen in Städten wie Kassel eindrücklich zeigen. Auch in Basel-Landschaft wurde zunächst eine rasante Zunahme festgestellt, seitdem 2021 erstmal eine Reproduktion nachgewiesen wurde. Durch konsequente Entnahmen hat sich die Entwicklung vorerst stabilisiert. Die Reduktion der Waschbärenpopulation erfolgt tierschutzkonform mittels Fallen und geht über die bundesrechtlichen Anforderungen hinaus. Die Fallen sind auf die Fähigkeit des Greifens ausgelegt, sodass grundsätzlich nur Waschbären die Fallen auslösen können. Auch die Lockmittel sind vor allem für den Waschbären attraktiv. Zudem sind die Fallen überwacht. Unmittelbar nach Auslösung der Falle erhält der zuständige Wildhüter und Wildhüterin oder die zuständige Jagdaufseherin eine SMS und kann den Waschbären aus der Falle holen. Im Fangkorb ist eine Überprüfung möglich, ob es sich um ein führendes Muttertier handelt. Muttertiere werden während der Aufzucht am Ort wieder freigelassen. Dem Tierschutz ist somit umfassend Rechnung getragen.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb):* Vielen herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Wir haben jetzt viel gelernt, macht eure Katzenklappen zu, wenn ihr keine Waschbären in der Hütte wollt. Für mich war einfach wichtig zu wissen, dass der Kanton die Waschbärenplage, die ja offenbar noch keine ist, wenn man die Zahlen jetzt hört, sich dieser bewusst ist und vor allem eine jungtierfreundliche Lösung hat und darum war auch wichtig für uns oder für mich zu hören, dass keine Abschüsse stattgefunden haben, sondern ausschliesslich Fallen zum Einsatz kommen, wo man dann mit Euthanasie arbeiten kann. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen in der Nordwestschweiz, aber auch mit dem grenzüberschreitenden Ausland erachte ich als eine gute Lösung, um das bestehende Wissen übernehmen und einsetzen zu können. Ich bin natürlich auch zuversichtlich, dass wir mit diesen Massnahmen und den präventiven Massnahmen, die man einsetzen kann, eine weitere Ausbreitung der Population verhindern können, obwohl ich jetzt heute auch schon mehrfach den Input bekommen habe, dass Waschbären ja eigentlich sehr herzlich sind und dass wir mehr von diesen wollen, also da gehen die Meinungen auseinander. Aber mit den Massnahmen und dem Erkennen des Problems bin ich einverstanden und damit zufrieden mit der Interpellationsantwort.

*Michael Hug (LDP):* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 12. Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo

[06.05.26 15:50:55, 25.5172.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Als Kommissionssprecherin das Wort hat Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Die Petition «Manifest für Null Verkehrstote in Basel – Vision Zero» ist, wie der Name schon sagt, tatsächlich ein Manifest und deswegen aussergewöhnlich ausführlich. Sie nimmt Bezug auf die tödlichen Verkehrsunfälle, die in den letzten Jahren in Basel passiert sind. Zusammengefasst fordert die Petition Leitlinien für ein sicheres Basel, die Priorisierung von Menschenleben und Gesundheit, fehlertolerante Verkehrssysteme und einen ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz für die Umsetzung dieser Forderungen.

Die Petition wurde der Petitionskommission am 9. April 2025 überwiesen. Im März dieses Jahres fand das Hearing mit einer Vertretung der Petentschaft und als Vertreter der Verwaltung dem Leiter der Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei statt. Die beiden Vertreter der Petentschaft erläuterten, dass Städte wie Helsinki, Oslo oder Paris auf beeindruckende Weise gezeigt hätten, wie die Vision Zero, also null Verkehrstote, umgesetzt werden kann. Basel setze die Vision Zero nicht konsequent um und um mit den erwähnten Städten gleichzuziehen, sollten als erste Massnahmen Unfallschwerpunkte rasch behoben, Ampeln mit Konfliktgrün abgeschafft und Vorrangregelungen für den Fahrrad- und Fussverkehr eingeführt werden. Mittelfristig brauche es sichere, physisch abgetrennte Fahrradspuren und eine Priorisierung des Fuss- und Fahrradverkehrs gegenüber dem motorisierten Verkehr. Die Umsetzung dieser Massnahmen würde nicht nur die Sicherheit erhöhen, sondern auch die Gesundheit, Luftqualität und Lebensqualität verbessern. Die Infrastruktur müsse fehlertolerant gestaltet werden und Themen wie Verkehrssteuerung, Parkpolitik und Velowegentwicklung sollen Priorität erhalten. Die Petentschaft fordert zudem einen klaren Auftrag an die Regierung für die Umsetzung von Vision Zero, also die Reduktion der Anzahl der Toten und Schwerverletzten durch Verkehrsunfälle auf null.

Der Leiter der Abteilung Verkehrssicherheit des Kantons betonte, dass Basel ein weit fortgeschrittenes Engagement in Bezug auf Verkehrssicherheit habe, insbesondere im Bereich Fussverkehr und Fahrradverkehr. Interessant zu erfahren war, wie mit Unfallschwerpunkten umgegangen wird. Wenn innerhalb von drei Jahren an einem Ort eine bestimmte Anzahl an Unfällen gemeldet wird, wird dieser durch ein Punktesystem als Unfallschwerpunkt eingestuft. Anschliessend wird geprüft, ob die Unfälle zufällig sind oder auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind, die behoben werden kann. Sofortige Massnahmen seien nicht möglich, da die Einordnung rückwirkend erfolgt und erst danach Gegenmassnahmen ergriffen werden könnten.

Um das Velofahren sicherer zu machen, werde aktuell an 40 Kilometern sicheren Velowegen gearbeitet und die physische Abtrennung von Velowegen werde bei der Planung in Basel-Stadt berücksichtigt, sofern der Platz dies zulässt. Das Konfliktgrün, bei dem zwischen Fussgängerinnen und Fussgänger und MIV Konflikte auftreten können, sei ein schwierig umzusetzender Punkt. Eine Beseitigung erfordere eine Umrüstung der Ampelschaltung, wodurch Fussgänger länger warten müssten und das Unfallrisiko steige, da diese dann die Geduld verlieren können und trotz Rotlicht die Strasse überqueren



könnten. Bei der Forderung nach verkehrsfreien Zonen um Schulen werde diskutiert, wie weit man gehen soll, da Kinder laut Entwicklungspsychologen mit Gefahren vertraut gemacht werden müssen.

Der Vertreter der Verwaltung versicherte, dass Verkehrssicherheit oberste Priorität habe und weiter verbessert werden soll. Jedoch seien der konkrete Umfang und die Priorisierung der in der Petition geforderten Massnahmen unklar. Die PetKo war sich einig, dass eine Umsetzung aller in der Petition formulierten Forderungen innerhalb von 12 Monaten unmöglich ist. Sie war sich auch einig, dass Verkehrssicherheit oberste Priorität haben soll und für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung ist.

Ein Teil der PetKo unterstützt den Ansatz, dass der Fokus nicht mehr auf dem Verkehrsfluss liegen soll, sondern primär auf der Reduktion von Verkehrstoten. Dieser Teil der Kommission ist der Meinung, dass hier noch viel Verbesserungspotenzial besteht, insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit für Fussgänger\*innen und Velofahrer\*innen. Sie vermissten einen konkreten Lösungsansatz zu dieser Problematik. In der Präsentation der Verwaltung stellten wir daher die Frage, welche konkreten Massnahmen ergriffen werden, um die Verkehrssicherheit nachhaltig zu verbessern.

Ein anderer Teil der Petitionskommission ist der Meinung, dass die meisten Forderungen bereits umgesetzt werden. Ihnen gehen gewisse Massnahmen wie das Abbauen von Parkplätzen, die Prüfung der Gefährlichkeit von Autos, flächendeckende Tempo-30-Zonen oder die Forderung nach verkehrsfreien Zonen um Schulen herum sowie die Umsetzung innerhalb von 12 Monaten zu weit. Sie stören sich auch an der Behauptung der Petenten, der Velo- und Fussverkehr werde in Basel zweitrangig behandelt. Wie die Verkehrssicherheit sichergestellt wird, hängt nach Meinung dieses Teils der PetKo im Einzelfall von den Gegebenheiten ab. Dabei spielen neben der Sicherheit auch die Verkehrsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden und die Platzverhältnisse eine Rolle.

Es bleibt der Petitionskommission trotz Nachfrage unklar, warum die Verwaltung die Bevölkerung über die Aktivitäten im Bereich Verkehrssicherheit kaum informiert. Zudem hatte die PetKo den Eindruck, dass Verkehrsthemen meist mit zwei bis drei Departementen besprochen werden müssen. Diese Vorgehensweise erscheint der Petitionskommission nicht zielführend. Sie ist der Ansicht, dass alles engmaschiger koordiniert werden müsste, damit konkrete Ziele schneller erreicht werden können. Daher hat die Kommission sieben Fragen formuliert, die sie vom Regierungsrat im Rahmen der abschliessenden Behandlung beantwortet haben möchte. Die Fragen können Sie dem Bericht entnehmen. Mit diesen Fragen bitte ich Sie im Namen der Petitionskommission, diesmal war es ein 9 : 4 Ergebnis, also nicht so knapp wie bei der Petition heute Morgen, ich bitte Sie, die Petition «Manifest für Null Verkehrstote in Basel» an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster gemeldet hat sich Beat K. Schaller für die SVP.

*Beat K. Schaller (SVP):* Die Petition berührt ein wichtiges Problem, ein Problem, welches zu Recht mit vielen Emotionen diskutiert wird, denn es stehen Menschenleben auf dem Spiel. Die vorliegende Petition verlangt, dass sich die Stadt Basel verpflichtet, durch gezielte Massnahmen eine Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, die null Verkehrstote garantiert, und dies innert zwölf Monaten.

Die Petition spricht ein uraltes Thema an, nämlich das Spannungsfeld zwischen dem sich bewegen und sicher sein. Dieses Spannungsfeld hat sich im Laufe der Jahrzehnte mit dem Aufkommen von eher grossen, starken Verkehrsmitteln einerseits und der Popularisierung von vergleichsweise kleinen Verkehrsmitteln akzentuiert. Ich spreche hier die Autos, Lastwagen und auf der anderen Seite die vielen Arten von Velos an. Die dritten Verkehrsträger, die Fussgänger, sind die, welche am wenigsten Schutz haben, da sie keine Metallverkleidungen um sich tragen, und aus physikalischen Gründen am wenigsten Schadenpotenzial haben. Dies sind Fakten, welche leider immer wieder zu Unfällen führen, einer so tragisch wie der andere. Aber für dieses Spannungsfeld eine Null-Lösung zu erwarten, ist illusorisch.

Die Emotionalität des Themas hat die Petitionäre leider dazu verführt, in einem doch etwas marktschreierischen Ton aufzutreten. Ihr berechtigtes Anliegen haben sie mit unwahren Behauptungen verwässert. Beispiel; Fussgänger und Velofahrer seien zweitrangig. Sie seien auf gefährlichen Fuss- und Velowegen unterwegs und müssten sich dem motorisierten Verkehr unterordnen. Dies zu behaupten in einem Kanton, der das Velo vergöttert, ist unangebracht. Die Petitionäre reden auch von einer privilegierten Minderheit der Autofahrer, welche extrem viel Platz einnehmen. Solche populistischen Formulierungen fördern nicht ein Miteinander, sondern sie fördern die Spaltung der Verkehrsteilnehmer. Richtig ist es, eine Lösung zu finden, die für alle stimmt.

Und nicht nur der motorisierte Verkehr verursacht Unfälle, sondern auch der öffentliche Verkehr. Wollte man eine Vision Zero, das heisst, null Verkehrstote, umsetzen, müsste man auch den ÖV reduzieren. Darauf angesprochen antwortete ein Petitionär, null Tote sei gar nicht Inhalt der Petition, es sollen vermeidbare Unfälle auf null reduziert werden. Die Petition unterscheidet also zwischen unvermeidbaren und vermeidbaren Unfällen, zwischen guten und schlechten Unfällen. Ich bitte Sie, das ist also für die SVP eine schlicht nicht tragbare Unterscheidung.



Die Kinder verdienen besonderen Schutz. Das ist offensichtlich, dass sie dieses Schutzes bedürfen und das ist auch nicht verhandelbar. Jedes Kind hat das Recht, unter anderem auf einen sicheren Schulweg. Aus diesem Grund hat der Grosse Rat unzählige Vorstösse eingebracht, welche die Schulwegsicherheit zum Thema haben. Zum Beispiel hat auch die GPK in ihrem Jahresbericht 2024 dem Regierungsrat empfohlen, die Sicherheit der Schulwege, auch seitens des ED und nicht nur des BVD oder des JSD, laufend zu überprüfen und nötigenfalls Anpassungen zu fordern. Zum Beispiel mit der Konferenz KOGESSI hat ja der Regierungsrat aktiv darauf geantwortet.

Nun, behördenseitige Aktionen sind das eine, aber Verkehrssicherheit kann man nicht einfach nur delegieren, Verkehrssicherheit beginnt im Kopf. Gefahrenbewusstsein, das entsprechende Verhalten jedes einzelnen ist entscheidend für Verkehrssicherheit. Noch einmal, Sicherheit beginnt im Kopf. Dieses Sicherheitsbewusstsein ist bei Kindern noch nicht vorhanden und muss bewusst geschaffen werden. Und bei diesem Punkt ist halt die Vorbildfunktion der Erwachsenen gefordert, nur leider wird sie allzu oft sträflich vernachlässigt. Das Vorschleichen bei Lastwagen, Rotlicht missachten, auf dem Trottoir im Höllentempo an Fussgehern vorbeirasen, das ist tägliches Brot für leider allzu viele Velofahrer und die Kinder, die machen dann einfach das nach, was ihnen die Grossen vormachen. Ich kann es nur betonen, die Verkehrssicherheit der Kinder beginnt bei den Erwachsenen. Wer das nicht verstanden hat, ich wiederhole es gerne, die Verkehrssicherheit der Kinder beginnt bei den Erwachsenen.

Die Petitionäre haben ein Füllhorn an Forderungen ausgeschüttet und sie fordern, diese Forderungen in einer illusorischen Frist umzusetzen. Die SVP spricht sich nicht gegen das Anliegen der Petition aus und ich weiss, dass der eine oder andere in diesem Saal der Versuchung erliegen wird, dies trotzdem zu behaupten. Nein, wir sprechen uns nicht gegen die Anliegen der Petition aus, aber leider ist die Petition so, wie sie formuliert ist, schlichtweg nicht umsetzbar und Beschäftigungstherapie für die Verwaltung. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Adrian Iselin.

*Adrian Iselin (LDP):* Auch die LDP ist der Ansicht, dass jede verkehrstote Person eine zu viel ist und die Verkehrssicherheit oberste Priorität hat. Die in der Petition formulierten Forderungen innert 12 Monaten umzusetzen, ist unrealistisch. Die LDP folgt der Meinung der Kommissionsminderheit und teilt die Einschätzung, dass ein Grossteil der Forderungen bereits heute berücksichtigt oder in Umsetzung ist. Die im Bereich genannten Massnahmen, etwa der Abbau von Parkplätzen oder flächendeckend Tempo 30, gehen der LDP zu weit. Die Behauptung der Petenten, der Velo- und Fussverkehr werde in Basel zweitrangig behandelt, entspricht zudem nicht den Fakten. Ich werde nicht länger, sondern ich verweise vielfach auch auf das, was Beat K. Schaller vorhin gesagt hat. Auch im Namen der LDP bitten wir Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Null Tote im Verkehr, das ist ein machbares Ziel und es klingt eigentlich auch nach einem guten Ziel und ich glaube, man kann sich das grundsätzlich vornehmen. Wenn man unseren Bericht gelesen hat, dann weiss man, dass diese sehr ausführliche Petition mit sehr vielen sehr starken Forderungen sehr intensiv diskutiert wurde, dass wir in der Petitionskommission somit auch zum Schluss kamen, welche Fragen es sich hier sinnvollerweise zu Stellen gibt, wo es wirklich Potenzial gibt, das man verbessern kann. In diesem Sinne überweisen wir dann auch diese Petition mit der Einschätzung der Petitionskommission an die Regierung und das ist absolut vertretbar.

Die Lebensqualität und die Sicherheit von Fussgänger\*innen und Velofahrer\*innen, insbesondere von Kindern, muss im Zentrum unserer Verkehrsdebatte in dieser Stadt stehen. Es gibt nicht nur Todesfälle, sondern auch viele Unfälle, viele Unsicherheiten. Es ist etwas, das immer wieder von verschiedensten Seiten an uns herangetragen wird, und da gibt es, und das sehen wir immer wieder, auch ganz klare Verbesserungen. Die Fraktion GRÜNE/jgb ist deshalb auch für den Antrag der Petitionskommission, insbesondere weil es eben nicht reicht, hier punktuelle Massnahmen umzusetzen, sondern weil es strukturelle Verbesserungen braucht.

Und da gibt es ein, zwei Anliegen, die ich besonders hervorheben möchte, ich möchte nicht auf alle Punkte eingehen. Und zwar ist die eine Situation wirklich diese Baustellenverkehrssituationen, die einfach ständig zu Schwierigkeiten führen, zu ungenügenden Situationen führen. Das ist ein wirklich grosses Problem, wir erkennen das überall und es geht da meist zu langsam. Sehr oft wird da sehr schnell von der Bevölkerung reagiert, man erkennt ungute Situationen und es wird nicht schnell genug gehandelt. Das ist auch sogar im Sinne der Autofahrer\*innen, diese vielen Baustellen- und Verkehrssituationen, und ich würde mir da wirklich wünschen, dass man versucht, da schneller Lösungen zu finden, aber vor allem auch besser darüber zu kommunizieren, welche Lösungen eingeführt werden.



Und das ist dann dieser zweite Punkt, den wir in der Kommission auch angesprochen haben, nicht nur diese Umsetzung von punktuellen Verbesserungen und Massnahmen, sondern wirklich auch die gute Kommunikation darüber, aus welchem Grund man welche Massnahmen trifft oder eben nicht. Dass auch bei so grässlichen Vorfällen wie dem tödlichen Unfall im Lysbüchelareal die Kommunikation danach so ist, dass die Bevölkerung sich gesehen fühlt, dass man das Gefühl hat, da geht etwas, da werden Punkte ergriffen und diese auch transparent kommuniziert werden und nicht nur an einen gewissen Teil der Bevölkerung, der vielleicht in einer Befragung oder in einem Runden Tisch anwesend ist.

Alles in allem also eine sehr sinnvolle Sache, diese Petition mit den gestellten Fragen an die Regierung zu überweisen und das machen wir als Fraktion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

*Ismail Mahmoud (SP):* Ich möchte es nicht in die Länge ziehen. Es gibt jährlich Unfälle mit Todesopfern, das wollen wir alle nicht, und der Wunsch, der die Petition hier äussert, dass man eine Verkehrspolitik hat, in welcher man darauf hinarbeitet, dass diese Zahl auf null geht, das ist sehr verständlich und ich hoffe, dass wir alle darauf hinarbeiten wollen. Dass eine Null nicht garantiert werden kann, das ist sehr wahrscheinlich, aber diesen Wunsch zu hegen, denke ich, ist mehr als berechtigt.

Ich habe es heute Morgen schon gesagt, in der Petitionskommission kommt es dann zum Austausch zwischen Petentschaft, Kommission und der Verwaltung und in diesem Fall war es so, dass wir Fragen gestellt haben bei der Verwaltung und die Verwaltung hätte hier die Chance gehabt, ich finde eigentlich, eine relativ gute Chance, uns zu sagen, was konkret gemacht wird. Was ist angedacht, was kann schnell umgesetzt werden und was ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Das wäre aus meiner Sicht sehr möglich gewesen. Ich spreche im Konjunktiv, das hat die Verwaltung nicht gemacht, die Antworten haben mir nichts Neues gegeben.

Deswegen ist es nur logisch für die Petitionskommission mit solchen Antworten, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen zur abschliessenden Behandlung. Etwas anderes wäre nicht folgerichtig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden eingetragen, auch keine Einzelsprechenden. Das Wort geht an die Kommissionssprecherin Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Vielen Dank für die interessante Diskussion. Sie spiegelt eigentlich wider, was wir auch in der Kommission besprochen haben. Meine beiden Vorredner\*innen haben es erwähnt, Jo Vergeat hat die Kommunikation erwähnt, zu der wir noch Fragen stellen, und auch die Baustellensicherheit und ich möchte noch zwei andere Punkte erwähnen, zu denen wir auch Fragen stellen. Das eine ist das Problem des Konfliktgrüns, wo wir wirklich die Frage stellen, ob das nicht schneller gehen kann, also dass das ausgeschaltet wird. Und die zweite Frage ist mir auch sehr wichtig, warum geht es so lange bei einem Unfallschwerpunkt, bis Massnahmen ergriffen werden, warum muss das drei Jahre dauern. Zusammen sind es eben sieben Fragen und ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, mit diesen Fragen die Petition an die Regierung zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo. Nein heisst erledigt erklären.

## **Ergebnis der Abstimmung**

**68 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008920, 06.05.26 16:13:31]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Petition mit 68 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

#### **14. Motion 1 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt**

[06.05.26 16:13:43, 26.5094.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Es gibt ein Sprichwort, früher Vogel fängt den Fisch und ich würde behaupten, das ist für den Alltag eines Schülers sicherlich auch nicht falsch, wenn er sich das zum Leitmotiv nimmt. Wir haben in diesem Motionstext gelesen, dass es Studien gebe, die das befürworten, dass ein späterer Schulstart sinnvoll ist für die Entwicklung und die psychische Gesundheit eines Schülers. Wir können natürlich immer bei allem irgendeine Studie heranziehen, die irgendetwas belegen oder bestätigen wollen, man nimmt dann meistens die, die einem auch gerade sehr in den Kram passen. Das liegt in der Natur der Sache.

Fakt ist aber, dass ein Schulbeginn um 8.30 Uhr dann mit dem späteren Alltag eines Schülers nun nicht sehr viel mehr zu tun hat. Mir zum Beispiel ist es nicht bekannt, dass man in der Berufslehre einen derart späten Arbeitsbeginn hat, im Gegenteil. Je nachdem, in welchem Bereich Sie eine Lehre machen, sei es nun im Detailhandel oder auch in einer Spedition, müssen Sie teilweise weitaus früher wie 8.30 Uhr im Betrieb sein. Und wenn wir nun beginnen, auch dort bereits zu individualisieren, dann wird unser Schulsystem insgesamt nicht davon profitieren und, und das sollte ja das Wichtigste sein, auch unsere Schüler nichts davon haben. Denn wir sind schon der Meinung, dass eine gewisse Leistungsbereitschaft, gerade auch in einem Alter, wir sprechen hier von Sek-Stufe 1 und 2 und dann auch von den Berufsschulen, dass eine Leistungsfähigkeit schon auch Voraussetzung sein darf.

Und wenn ich in der Motion lese, dass Schüler um 8.15 Uhr oder 8 Uhr noch zu müde seien, dann muss man sich vielleicht die Frage stellen, sind die Ursachen vielleicht nicht am Abend zu suchen und hier glaube ich, könnte man ja sich vielleicht auch durchaus wieder auf den Standpunkt stellen, vielleicht die letzte halbe Stunde TikTok nicht mehr nutzen, sondern bereits schlafen gehen, dann klappt es auch mit dem früheren Aufstehen wieder besser. Hier sind aber aus meiner Sicht auch die Eltern, zumindest bei den Minderjährigen, noch in die Verantwortung miteinzubeziehen, dass ein Kind auch ausreichend Schlaf bekommt. Ich staune oft auch, wenn ich abends unterwegs bin, ich muss ja nicht so früh ins Bett gehen, wenn mir dann noch unter der Woche Schüler auf der Strasse begegnen, die aus meiner Sicht schon länger eher ins Bett gehören, weil wenn man ja dann zu Hause ankommt, ist man auch nicht gerade schon schlafbereit. Deshalb glauben wir, ist der Ansatz, nun dafür zu sorgen, dass Kinder später in die Schule gehen können, der falsche, um allenfalls auch Müdigkeit oder Leistungsbereitschaft zu stärken, Müdigkeit zu vermindern, sondern man sollte vielleicht eher dann wieder im Elternhaushalt ansetzen.

Aber hier sind wir vielleicht wieder bei der Grundfrage, die Herr Hoppler und mich trennt, wo setzt der Staat auf die Eigenverantwortung und wo haben auch Eltern, die sich ja bewusst dafür entschieden haben, auch Kinder zu bekommen, vielleicht auch eine Verantwortung und wo hat es nicht die Schule und auch nicht der Staat. Und deshalb glauben wir, ist es auch im Hinblick darauf, dass man unsere Schüler in diesen Stufen auf das Erwachsensein und auf das Berufsleben vorbereiten sollte, vorbereiten muss, sicher sinnvoll, wenn man ihnen nicht einbläut, dass ein später Schulbeginn für das spätere Leben der richtige Weg ist. Ich würde behaupten, wer heute um 8.30 Uhr in der Arbeitswelt erst anfängt, schafft es nicht, bis zum Ende des Tages fertig zu werden. Er hat meistens dann schon etwa eine Stunde Rückstand auf alle anderen, die dann schon produktiv sind. Und ich glaube, wenn wir uns etwas nicht erlauben können, ist noch mehr Jekami im Arbeitsalltag, dann bräuchte es nämlich noch mehr Fachkräfte und wir haben ja, wie wir angeblich immer wieder auch hören, einen grossen Fachkräftemangel.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen und das bewährte System beizubehalten, auch weil es wieder eine Insellösung für Basel-Stadt wäre. Das halten wir erst recht für problematisch und deshalb sollten wir am jetzigen System festhalten.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Diese wird angenommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Haben Sie Kinder oder sonst eine lebensweltliche Erfahrung mit Minderjährigen?

*Joël Thüring (SVP):* Ich war selber einmal ein Kind und habe auch entsprechend in meinem Umfeld Menschen, die Kinder haben, und ich kann, wenn ich mit diesen Eltern spreche, sagen, es liegt wirklich vor allem daran, wann die Kinder abends ins Bett gehen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Anouk Feurer.

*Anouk Feurer (GRÜNE/jgb):* Wir diskutieren heute nicht über ein Ausschlafprivileg, sondern über eine effiziente Nutzung von Bildungszeit. Wissenschaftliche Studien zeigen nämlich deutlich, wer übermüdet im Klassenzimmer sitzt, ist zwar physisch anwesend, aber kognitiv abwesend. Solche verschlafenen Stunden in der Schule sind verschwendete Zeit, und zwar für Schülerinnen und Schüler, für die Lehrpersonen, aber auch für das Bildungssystem, das in den Morgenstunden gegen die Biologie der Jugendlichen ankämpft.

Die psychische Gesundheit unserer Jugendlichen ist ein wichtiges Gut, und das wissen wir gerade in der heutigen Zeit. Schlafmangel ist ein Brandbeschleuniger für viele psychische Störungen, aber auch für emotionale Instabilität und Stress. Dieser Vorstoss ist deshalb nicht ein lustiges Extra, sondern eine notwendige Antwort auf die hormonelle Umstellung in der Pubertät. Da diese Umstellung spezifisch in diesem Alter stattfindet, ist der Fokus auf die Sek 1 und 2 sowie die Berufsschulen auch wirklich begründet. Es geht nicht um eine flächendeckende Verschiebung für alle Altersgruppen, sondern eben um eine zielgerichtete Massnahme genau dort, wo sie durch die Biologie gefordert wird.

Wir Erwachsenen haben in den letzten 30 Jahren in vielen Berufen immer mehr von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Gleitzeit, Jahresarbeitszeit profitiert. Wir schätzen diese Freiheit, weil sie unsere Produktivität und Lebensqualität fördert. Es ist deshalb auch einfach nicht ganz fair, wenn wir Jugendlichen diesen Fortschritt verweigern, obwohl wir es mittlerweile besser wissen, während wir ihn für uns selbst in vielen Berufen als Standard beanspruchen. Deshalb greift auch das Gegenargument, dass wir die Jungen auf die harte Realität in der Arbeitswelt vorbereiten müssten, zu kurz.

Erstens normalisiert sich der biologische Rhythmus zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr wieder, was bei mir leider noch nicht so eingependelt hat, aber ich hoffe, dass sich danach das frühere Arbeiten nicht mehr als Problem darstellt. Und weil wir es gerade von Lernenden hatten, auch wenn es für Lernende dann nur ein Tag pro Woche wäre, an dem sie entsprechend ihrem biologischen Rhythmus den Tag starten dürften, ist es trotzdem ein Tag mehr, als sie es jetzt haben. Zweitens sollte ja auch eine Ausbildung auf die Arbeit vorbereiten und nicht auf das Ertragen oder Aushalten und Funktionieren trotz Schlafmangel.

Dieser Vorstoss setzt deshalb auch auf flexible Lösungen. Ein früherer Schulstart bleibt möglich, ist aber keine Pflicht. Wir trauen unseren Jugendlichen in diesem Alter zu, den Weg zur Schule selbstständig zu bewältigen und auch die Verantwortung fürs Aufstehen selber zu übernehmen. Diese Flexibilität nimmt also auch Rücksicht auf die verschiedensten Lebensrealitäten.

Ja, die Umsetzung, die ist eine organisatorische Herausforderung. Stundenpläne und Raumbelagungen müssen neu gedacht werden. Aber darf uns die Komplexität wirklich von Veränderung abhalten? Nur weil es uns Erwachsene jetzt nicht mehr betrifft, können wir da nicht einfach wegschauen. Wir möchten ja ein Bildungssystem, das wirklich funktioniert und nicht eines, welches einfach so bleibt, weil es gerade praktisch ist und die Änderung für die Verwaltung unbequem ist. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb um die Unterstützung dieser Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Wie Sie im «Chrüzlistich» sehen, ist die Fraktion Mitte-EVP in dieser Frage offen. Auf der einen Seite ist in unserer Fraktion eigentlich nicht bestritten, dass es diesen Zusammenhang gibt zwischen Schlafrhythmus, Leistungsfähigkeit und dass das durchaus auch eine Wirkung hat, wie dieses Schlafverhalten aussieht, auch auf das, was in der Schule dann im Unterricht läuft. In dem Sinn ist die Überweisung dieses Vorstosses eine Gelegenheit, den Regierungsrat mal darlegen zu lassen, wie das bezogen auf unseren Kanton aussehen würde.



Die andere Seite, oder was wir auch diskutiert haben, ist das Abwägen zwischen den Nutzen. Eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit, des Wohlbefindens aufgrund eines anderen Schlafrhythmus im Verhältnis zu den Nachteilen, die eine solche Veränderung auch entstehen, also auch viel organisatorische Fragen und Folgen. Es wird ja immer gesagt, auch im Schulversuch Gossau, dass die Stundentafel gleichbleibt, das heisst, es ist nicht so, dass irgendwo was gekürzt wird und das heisst, es hat eine Auswirkung insgesamt auf die Tagesstruktur, den Tagesverlauf, wenn man später beginnt.

Ich bin zum Beispiel mal bei einigen Sekundarschulen via Webseite auf die Pensen gegangen, habe mal durchgescrollt und habe gesehen, auch dort dauern bei manchen Klassen doch schon mehrere Nachmittage bis 17.30 Uhr. An den Gymnasien ist es sicher noch akzentuierter so, dass es so ist. Ich kann nicht genau einschätzen, wie die Struktur an der Sek dann mit den verschiedenen Fächern, wer muss überall dabei sein und wo ist das Abteilungsunterricht, usw. aussieht. Ich kann auf das Gymnasium bezogen sagen, es gibt da nicht viel Spielraum, wenn man 8.30 Uhr statt 8 Uhr beginnt, dann dauert es an manchen Tagen oder an vielen Tagen dafür bis 18 Uhr. Das hat dann auch wieder Folgen fürs Wohlbefinden, Hobbys wie Sport, Musik, usw. Das heisst, die müssen dann später stattfinden und für uns war so die Frage, ist der Nutzen durch die besseren Voraussetzungen im Schlaf im Verhältnis zu den Nachteilen, wie ist das abzuwägen?

In unserer Fraktion war das eben uneinheitlich, wie diese Einschätzung war. Die einen haben gesagt, doch, es wäre trotzdem gut, mal zu schauen, was die Regierung da zu diesen Fragen zu sagen hat, die anderen fanden, es ist eigentlich recht offensichtlich, dass die Nachteile so schwerwiegend sind, dass es sich nicht lohnt, jetzt das andere so hoch zu gewichten. Darum haben wir ein Offen in unserem «Chrüzlistich».

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Wir sind für die Überweisung dieser Motion. Fast jede Woche kommen ja Schulklassen hier in den Grossen Rat und viele von uns hatten auch schon das Privileg, sich mit den jungen Menschen auszutauschen. Und diese Forderung, das ist wirklich ein Anliegen, das immer wieder kommt. Das ist etwas, was die jungen Menschen sich wünschen und das sie wollen. Und es ist nicht nur so, dass sie das wollen, sondern dass auch alle Studien, Joël Thüning hat es ja vorher in Frage gestellt, ob diese Studien gut sind oder nicht, Sie können sie ja nachlesen, Herr Hoppler hat alle angegeben. Es gibt halt keine gegenteilige Studie, es gibt keine Studie, die sagt, Kinder sollten bitte schon um 7 Uhr in der Schule sein, weil das super gut für ihre Biologie ist. Das gibt es halt nicht. Es ist halt eine Faktenlage, die sich einig ist. Und es ist auch nicht so, als ob diese Studien irgendwie tendenziös in Auftrag gegeben wurden, weil vielleicht merken Sie es, man kann gar kein Geld mit dem verdienen. Es gibt niemanden, der ein Interesse daran hat, solche Studienergebnisse zu fälschen.

Wir denken, organisatorische Herausforderungen, die sind lösbar, aber die biologischen Realitäten der Jugendlichen, das ist viel schwieriger zu ändern und darum denken wir, wir sollten das System auf die Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Ich musste ein bisschen lachen, als Joël Thüning über die Leistungsbereitschaft gesprochen hat. Das finde ich schon noch ein dickes Argument. Hier drin schaffen wir es nicht mal um 9 Uhr an den Platz zu sitzen und alle das Kärtchen einzustecken, ohne dass die Präsidentin uns jedes Mal daran erinnert. Also über Leistungsbereitschaft, da würde ich jetzt einfach ein bisschen zurückfahren.

Wir wissen es heute besser, ja, es tut mir leid, dass Sie früh in die Schule mussten, Joël Thüning, es war nicht schön, aber nur weil Sie es schlecht hatten, müssen es nicht alle auch schlecht haben. Mein Grossvater, der hat immer erzählt, dass er gefühlt über drei Alpenpässe gewandert ist bis zur Schule. Das tut mir leid für ihn, aber es ist heute besser. Sachen dürfen sich verändern, Sachen dürfen besser werden und Kinder haben ein Recht darauf, dass wir sie beschützen, dass wir schauen, was kommt ihnen zugute, weil sie haben hier keine Stimmen. Wir sind die Stimmen, die sie vertreten müssen. Und darum finde ich es wichtig, dass wir auch zuhören, was die jungen Leute selber wollen und dann auch hören, was sagt die Wissenschaft dazu und es sagen halt alle das gleiche, es ist eine gute Idee, wenn wir den Schulstart ein bisschen nach hinten legen.

Und wenn wir die Motion anschauen, sie ist ja sehr gemässigt. Wir reden nicht über Primarschülerinnen oder Primarschüler, wir reden ab Sek 1. Das heisst, das sind Kinder, die in einem Alter sind, wo auch die Eltern nicht unbedingt jeden Morgen dabei sein müssen und das ist übrigens heute schon die Realität von ganz vielen Kindern, dass die Eltern vor ihnen das Haus verlassen. Das kann man gut finden oder nicht, aber man kann nicht eine politische Forderung abschmettern und sagen, ja, das ist nicht gut, wenn die Eltern nicht zu Hause sind, wenn das doch heute schon die Realität von ganz vielen Kindern ist und es auch funktioniert. Darum würden wir diese Motion gerne überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Sie wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Catherine Alioth.



*Catherine Alioth (LDP):* Vor ziemlich genau vier Jahren haben wir hier die Motion von Franziska Roth und Alexandra Dill für einen späteren Schulbeginn, das war als Motion eingegeben, nicht überwiesen. Auch die LDP-Fraktion hat sich damals gegen eine Überweisung ausgesprochen. Ich halte es aber für richtig, die Diskussion wieder aufzunehmen, denn die Situation hat sich seither deutlich verändert.

Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung, die Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen. Heute berichtet auch die BaZ über die steigenden Kosten für psychische Behandlungen bei Jugendlichen. Die Chronobiologie zeigt, dass sich die innere Uhr von Jugendlichen in der Pubertät, vermutlich hormonell bedingt, nach hinten in die Nacht verschiebt. Jugendliche werden abends später müde und wachen morgens entsprechend später auf. Wir haben es gehört und ich glaube, wir erinnern uns selber auch an dies. An Schultagen führt dies oft zu chronischem Schlafmangel, der sich negativ auf Gesundheit, Wohlbefinden und die schulische Leistungsfähigkeit auswirken kann. Wenn wir wissen, dass Schlaf dabei eine zentrale Rolle spielt, sollten wir strukturelle Faktoren wie den Schulbeginn einbeziehen. Der Schulbeginn ist einer der wenigen strukturellen Hebel, mit denen relativ breit Einfluss auf Schlaf- und Leistungsfähigkeit genommen werden kann.

Ein späterer oder flexibler Schulbeginn ist zwar kein Allheilmittel, aber ein konkret überprüfbarer Ansatz. Erfahrungen aus der Praxis, etwa aus Gossau, wir haben es gelesen in der Motion, zeigen, dass flexible Modelle positive Effekte auf Motivation, Konzentration und Wohlbefinden haben können. Solche Ansätze finden auch bei Bildungsakteuren, beispielsweise beim Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, zunehmende Offenheit.

Gleichzeitig darf die Komplexität, wir haben es gerade vorher gehört, dieses Themas nicht unterschätzt werden. Ein flächendeckender späterer Schulstart hat weitreichende Auswirkungen auf die Organisation, die Stundenpläne und die Betreuung. Dabei ist aber klar, es geht nicht um weniger Unterricht, sondern um eine andere zeitliche Gestaltung. Aus diesem Grund halte ich eine sofortige verbindliche Umsetzung für verfrüht. Vielmehr sollte sorgfältig geprüft werden, wie solche Modelle unter unseren kantonalen Gegebenheiten sinnvoll eingeführt werden können.

Die LDP-Fraktion spricht sich für eine Erstüberweisung der Motion aus. Bei der Zweitüberweisung behält sie sich jedoch vor, die Motion in einen Anzug umzuwandeln, damit der Regierungsrat die Einführung eines späteren oder flexiblen Schulbeginns vertieft prüfen und dem Grossen Rat eine fundierte Entscheidungsgrundlage vorlegen kann.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüning. Diese wird angenommen.

*Joël Thüning (SVP):* Frau Alioth, auch Sie haben jetzt von der psychischen Gesundheit gesprochen. Glauben Sie nicht, dass die psychische Gesundheit der Schüler auch betroffen ist, wenn zum Beispiel dadurch die ausserschulischen Aktivitäten nicht mehr oder viel später stattfinden müssen? Ein Fussballtrainer hat um 19.30 Uhr vielleicht dann keine Zeit mehr, Kinder zu trainieren. Halten Sie das nicht für auch genauso problematisch in einer Abwägung?

*Catherine Alioth (LDP):* Wir reden ja von einer halben Stunde höchstens, also die Fussballkinder sind dann vor 19.30 Uhr auf dem Fussballplatz.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Mit Joël Thüning verbindet mich tatsächlich, dass ich auch einmal jugendlich war und in der Schule, aber sonst bin ich nicht gleicher Ansicht. Ich mag mich an Zeiten erinnern, da kam meine Tochter um 10 Uhr, 11 Uhr von der Schule nach Hause und wurde langsam wach. Es ist eine Tatsache, und Catherine Alioth hat das sehr schön gesagt, dass der Biorhythmus oder wie immer man dem sagt, in diesem Alter, so pubertäres Alter verschoben ist. Nicht gerade hilfreich ist die Umstellung der Sommerzeit, das macht das Ganze noch schlimmer.

Das Einzige, was ich Herrn Hoppler auch schon gesagt habe, mich stört ein bisschen, dass die Lehrlinge da zu kurz kommen. Ich meine, die sind in der gleichen Altersgruppe. Und mir persönlich, ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, da hinten steht Herr Thüning, mir ist es eigentlich wichtiger, dass der Schulstoff gut erarbeitet wird, als dass man abends noch Fussball spielen kann. Da wird vielleicht auch Alex Ebi jetzt gegen mich sein, aber ich finde, es ist wichtig, dass die Jugendlichen den Schulstoff richtig lernen und es bleibt noch genug Zeit für Hobbys. Es muss ja nicht jeden Abend etwas los sein.

Deshalb, bitte unterstützen wir doch diese Motion und ich danke Ihnen dafür.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Das ist natürlich auch mein Thema hier, alles, was vor 9 Uhr oder 10 Uhr am Morgen ist, ist für mich natürlich mitten in der Nacht, und so ging ich auch in die Schule und das war für mich ein riesiger Kampf, überhaupt einigermaßen den Wecker zu hören. Das war wirklich echt anstrengend. Die ersten zwei Stunden habe ich eh verpasst, weil ich da irgendwo immer noch auf der Seite war. Dann hatte ich Kinder und diesen ging es ganz ähnlich und den Kollegen auch und das war immer ein riesiger Kampf, bis die Kinder endlich am Abend im Bett waren, im Sommer erst recht. Am Morgen musste man sie rausprügeln, ich will noch nicht, ich bin noch müde, klar, bis um 3 Uhr morgens gamen, hilft da natürlich auch nicht. Das war offenbar ein Erziehungsproblem. Aber trotz allem müssen wir aus meiner Sicht unbedingt schauen, dass die Kinder nicht mehr so früh aufstehen müssen. Das kommt mir sehr gelegen. Ich finde das super, wenn es da eine Flexibilität gibt.

Der einzige Grund, den wir hier jetzt gehört haben, ist, dass der Schulstoff dann plötzlich keinen Platz mehr haben soll in diesen Stunden und dass es abends dann nicht noch viel später aufhört. Ich bin überzeugt, dass der Schulstoff vielleicht nicht in jedem Fach dermassen in die Tiefe gehen muss und immer noch mehr Fächer erfunden werden müssen, dann könnten wir dort vielleicht ein bisschen eine Entlastung herbeiführen. Aber was ganz sicher nicht passieren darf, und darum bin ich auch hier vorne, nein, die Schule hört abends sicher nicht später auf, denn sonst kommen tatsächlich die Jugendlichen nicht mehr dazu, rechtzeitig spätestens um 17.30 Uhr aus der Schule entlassen zu werden und in einen Sportverein gehen zu können. Und das interessiert mich natürlich genauso fest, wie am Morgen ausschlafen zu können, denn wenn ich Sport getrieben habe und spät nach Hause gekommen bin, dann brauche ich auch eine gewisse Nachtruhe.

Also ja, überweisen, nicht zweimal als Motion, sondern das zweite Mal als Anzug und ganz sicher nicht zu lange Schule machen am Abend.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich will jetzt nicht die Zwischenfrage stellen, die ich Frau Brandenburger gestellt hätte, aber was mich an dieser Motion, wir sind ja da offen, irgendwie stört, ist das Wort flexibel. Entweder man sagt, die Chronobiologie, und die soll ja, ich bin nicht Biologe, für alle etwa ähnlich ablaufen, da sagt man, es ist wirklich besser, man startet in gewissen Jahren später. Aber das flexible Einlaufen, das ist für mich, ich meine, was das kosten wird. Also wenn man einfach sagt, wir starten eine halbe Stunde oder dreiviertel Stunde später in gewissen Altersgruppen, weil das wirklich wissenschaftlich erwiesen ist, dann kann ich mich fügen. Aber die Flexibilität, sonst sagen Sie immer noch, wir müssen schauen, dass unsere Lehrkräfte nicht überfordert sind, aber ich meine, da bürden Sie dann diese Flexibilität auf den Lehrkräften auf. Ich meine, dann wäre es wirklich einfacher zu sagen, eine halbe Stunde oder eine Stunde später starten, aber Flexibilität ist wirklich hier Unsinn. Entweder ist es für alle oder für die überwiegende Mehrheit richtig, später zu starten, oder es ist richtig, wie es jetzt ist, aber dass jeder dann innerhalb einer gewissen Zeit einlaufen kann, wann er will, ich meine, das bringt so viele organisatorische Erfordernisse und das bringt dann wiederum überhaupt nichts, ausser dass dann Lehrkräfte sagen, mit dem komme ich nicht mehr zurecht und die Verwaltung etc. wird dann auch noch aufgeblasen. Von daher, wäre das Wort flexibel nicht dabei, also ich bin dann für ein rigides Modell zu einer späteren Stunde für eine gewisse Altersgruppe, wenn das wirklich wissenschaftlich so nachgewiesen ist. Und ich will jetzt nicht eigene Jugenderinnerungen aufwärmen, aber ich sage, auch der Schulschlaf ist ein gesunder Schlaf.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Rednerliste ist ausgeschöpft. Somit hat das Wort Laurin Hoppler als Motionär.

*Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb):* Ich habe die Schule vor sieben Jahren abgeschlossen und ich kann mich noch gut erinnern, wie ich in der ersten Lektion mit halbgeschlossenen Augen dort sass und der Inhalt des Lernstoffes an mir vorbeizog und ich am Mittag merkte, dass ich eigentlich von der ersten Lektion nicht mehr so viel weiss. Das ist nicht Faulheit, das ist einfach Biologie, das ist Wissenschaft. Dem kann man jetzt vertrauen oder nicht, ich sehe, einige stehen dem kritisch gegenüber. Es sind doch einige Studien, ich habe viele im Vorstoss aufgelistet, es gibt noch viele mehr.

Wir haben jetzt schon sehr viel gehört. Ich habe zwar hier ein sehr allgemeines Votum vorbereitet, aber ich will mich auch nicht zu fest wiederholen. Ich glaube, der Aspekt der psychischen Gesundheit, den sollte man wirklich nicht unterschätzen. Ich fand auch gut, das vorher gesagt wurde, dass es ein Ansatz ist, den man breit für eine stabile Gesundheit bei



Jugendlichen ansetzen kann. Ich bin überzeugt, dass auch der flexible Ansatz nicht unbedingt schlecht ist. Ich finde es durchaus diskutabel und sehe diesen Punkt schon auch, aber ich habe das auch ein bisschen aus der Diskussion abgeleitet, die wir vor vier Jahren hatten. Dort kam sehr viel, dass man diese Flexibilität braucht oder dass es für alle möglich sein muss. Ich habe diesen Vorstoss extra so ausgerichtet, dass ich die Altersklassen genommen habe, die genug selbstständig sind, die sich selber das Frühstück machen können und in die Schule gehen. Ich glaube, das können wir diesen zutrauen, davon bin ich sehr überzeugt.

Vielleicht betreffend zutrauen, ich habe einige Meldungen bekommen, viele E-Mails von jungen Leuten, auch von einer Gruppe. Die haben selber einen Stundenplan gemacht und mir aufgezeigt, wie man das umsetzen könnte. Ich gebe diesen gerne der Regierung noch mit. Die haben sich sehr Mühe gegeben und sind überzeugt davon. Ich glaube, das zeigt, dass es sich wirklich lohnt, in der Umsetzung mit den Jugendlichen zu schauen, dass man diesen dementsprechend übernimmt.

Vielleicht noch kurz zu den Argumenten bei den Lernenden. Erstens muss man sagen, die Berufsschulen sind extra dabei, das heisst, an diesen Tagen, an denen die Lernenden in die Schule gehen, profitieren sie auch davon. Und was einfach so ist, das ist Fakt, in unserer Gesellschaft gibt es verschiedene Berufe und die haben verschiedene Arbeitszeiten. Das ist egal, in welchem Alter man ist, das ist Realität in unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass es wirklich gut ist, dass 14-Jährige etwas lernen müssen gegen ihren biologischen Rhythmus, nur dass sie dann mit 18 besser aufstehen können, wenn sich der biologische Rhythmus in diesem Alter eh schon angepasst hat.

Von dem her freue ich mich, wenn Sie diese Motion überweisen und bin auch der Regierung dankbar, dass sie bereit ist, sie entgegenzunehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**71 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008922, 06.05.26 16:44:42]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 71 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

### **15. Motion 2 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt**

[06.05.26 16:44:50, 26.5100.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet als Einzelsprecherin hat sich Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Wir von der LDP stehen im Rahmen unserer liberalen Werte und einer liberalen Umsetzung hinter Umwelt- und Biodiversitätszielen und dies auch schon seit längerem, aber eben in diesem Rahmen und diese Motion lehnen wir, weil er nicht diesem Rahmen entspricht, entschieden ab. Das begründe ich wie folgt:



Die Motion ist nicht umsetzbar, zu wenig evidenzbasiert und vor allem ideologisiert. Sie verlangt von Immobilien Basel-Stadt zusätzliche flächendeckende Biodiversitätsprogramme mit Zielpfaden, Zwischenzielen, Evaluation, Berichterstattung und Langzeitunterhalt, obwohl IBS schon heute mit der Umsetzung der bereits bestehenden Reglemente, auch ökologischen, schlicht überfordert ist. Wir laden hier eine weitere strategische Megabaustelle auf eine Organisation, die schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeitet. Das ist weder verantwortungsvoll noch realistisch.

Auch wissenschaftlich überzeugt die Motion zu wenig. Die Idee, dass möglichst viele kleine isolierte Biodiversitätsflächen in einem hoch verdichteten Stadtraum automatisch einen relevanten ökologischen Effekt erzielen, ist fraglich. Biodiversität entsteht nicht durch Zielzahlen auf Papier, sondern durch vernetzte Lebensräume, wie sie eben auf vielen kleinen Flächen schwierig herstellbar sind, Standortqualität und fachgerechte Pflege, die durch ebenfalls die Verstreutheit der Flächen zu sehr viel Aufwand führen und genau das blendet die Motion in dem Text, der uns vorliegt, aus. Stattdessen setzt sie auf pauschale Flächenziele, formale Kennzahlen und Symbolpolitik. Das schafft neue Nutzungskonflikte in Wohnquartieren und führt zu ökologisch teuren und wirkungslosen Lösungen.

Was hier betrieben wird, ist gut gemeinte, aber nicht so gut gemachte Umweltpolitik. Mehr Regeln, mehr Berichte, mehr Aufwand, ohne ganz klaren Zusatznutzen für unsere Natur und die Aufenthaltsqualität unserer Stadt. Sie ist deshalb in unseren Augen ein bisschen realitätsfern, administrativ überladen und auch leicht ideologisch getrieben. Deshalb lehnen wir von der LDP diese Motion klar ab und bitten Sie, dies ebenso zu tun.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

*Salome Bessenich (SP):* Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen die Erstüberweisung der Motion zur Umsetzungsplanung und Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt. Unser Kanton will beim Umweltschutz Vorbild und Wegbereiter sein. Wir haben ambitionierte Klimaziele, eine Biodiversitätsstrategie, das Stadtklimakonzept und viele weitere wichtige Ziele, Leitlinien und Projekte, die uns bei Umweltthemen voranbringen sollen.

Im Bereich der Biodiversität wird im öffentlichen Raum bereits viel gemacht. Die Biodiversität braucht aber ein möglichst grosses und zusammenhängendes Netzwerk. Wir können uns darum nicht allein auf die öffentlichen Räume fokussieren, sondern müssen eben auch auf privaten Flächen vermehrt biodiverse und naturnahe Grünräume schaffen. Das Potenzial, das ist sich die Wissenschaft übrigens einig, wenn ich anknüpfen darf an meine Vorrednerin, das Potenzial ist gerade in städtischen Räumen enorm gross, weil hier sehr viele strukturell unterschiedliche kleine Räume nahe beieinander liegen, die für verschiedene Arten wertvolle Nischen und Lebensraum bieten. Es geht genau darum, möglichst viele unterschiedliche kleine Flächen naturnah zu gestalten. Was wäre also naheliegender, als dass wir die Umgebungen der Immobilien im Besitz des Kantons biodiverser gestalten. Das ist es, was diese Motion fordert. Das Potenzial im Portfolio des Kantons ist enorm. Es geht um mindestens 600'000 m<sup>2</sup>, das ist mehr als elfmal der Schützenmattpark. Das wäre ein richtig grosser und ein wichtiger Schritt vorwärts.

Die Erfahrungen anderer First Mover, wie zum Beispiel der AXA, der Pensimo oder auch der Zürcher Kantonalbank, die zeigen, das Aufwendige, das ist die Umstellung selbst, die Prozesse, die es intern braucht, um sich dem Thema anzunehmen. Das Aufwendige, das ist nicht der Unterhalt biodiverser Flächen, im Gegenteil. Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin habe ich vollstes Vertrauen in Immobilien Basel-Stadt, dass sie auch hier das machen könnten. Alle diese First Mover gehen das Thema Biodiversität nicht nur bei Neubauten an oder wenn alle 60 Jahre mal eine Totalsanierung ansteht, sondern sie schauen eben ganz bewusst bei allen Liegenschaften, wie können wir hier bei den Bestandsliegenschaften möglichst viel bewirken. Dafür sind im Übrigen keine riesigen Investitionen nötig. Etwa eine dieser grossen hat bereits über 60 Liegenschaften aufgewertet, jeweils mit einem Investitionsbeitrag im tiefen vierstelligen Bereich, der Unterhalt wurde kostenneutral umgestellt. Zugegeben, gewisse Massnahmen kosten natürlich mehr, etwa wenn man grossflächig entsiegelt oder grössere neue Strukturen anlegen würde, aber auch dafür gäbe es ja in Basel finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand.

Naturnahe Freiräume haben dabei ganz viele positive Nebeneffekte. Wussten Sie zum Beispiel, dass die Anzahl Vögel in der Wohnumgebung einen direkten Einfluss auf das Stressniveau und die Zufriedenheit von Menschen haben? Und es gibt auch andere Vorteile wie etwa eine bessere Wasserretention, was Schäden durch Trockenheit und starke Regenfälle sowie eine Überlastung der Kanalisation verhindert. Es gibt auch weniger Hitzeentwicklung und wir wissen ja inzwischen alle, dass die zunehmende Hitze ein erhebliches gesundheitliches Risiko ist, geschweige denn von den wirtschaftlichen Kosten, die durch Hitzetage verursacht werden. Und wissen Sie, wer auch von mehr Biodiversität in den Wohnumgebungen profitieren würde? Nicht nur die Bewohner\*innen und die Bienli und die Igeli und Sommervögeli und Flädermüsli und Fröschli, nein, auch IBS selbst würde profitieren. AXA und Pensimo machen das im Fall nicht einfach nur aus Goodwill, sondern weil es eine sinnvolle und langfristig wichtige Investition in die Sicherheit ihrer Anlagestrategie ist.



Die Vorteile liegen also auf der Hand, das Potenzial im Portfolio der IBS ist gross, von mehr Biodiversität profitieren alle, also machen wir doch bitte vorwärts. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Aus Sicht der Grünliberalen ist die vorliegende Motion kein radikaler Vorstoss. Sie ist ein notwendiger, pragmatischer und längst überfälliger Schritt. Wenn Basel-Stadt seine eigenen Ziele im Klima- und im Biodiversitätsschutz ernst nimmt, dann müssen wir dort ansetzen, wo wir direkten Einfluss haben, bei unseren eigenen Flächen. Es ist bekannt, dass Biodiversität in urbanen Räumen unter Druck steht, gleichzeitig wissen wir, dass gerade Städte ein enormes Potenzial bieten durch Dachflächen, Innenhöfe, Grünräume und eben auch Areale im Finanzvermögen.

Letzteres Potenzial wird heute bei Weitem nicht ausgeschöpft. Wir haben eine Biodiversitäts- und Klimakrise und die Immobilien Basel-Stadt (IBS) ignoriert, wenn ich das hier mal so sagen darf, sowohl das behördenverbindliche Biodiversitäts- als auch das Stadtklimakonzept. Ein kleines Beispiel betreffend dem Stadtklima. Schauen Sie dieses Foto an, das ich am 29. April 2026 in einem Hinterhof hinter der Utengasse in Kleinbasel aufgenommen habe. Der Innenhof ist von Mehrfamilienhäusern der IBS umgeben. Kürzlich wollte die IBS das Problem mit den vielen Velos im Innenhof angehen und hat daher kurzerhand den Rasen abgeschält, um danach zwei überdeckte Velo-Unterstände darauf stellen zu können. Die Bewohner und Bewohnerinnen haben sich gewehrt gegen die Wegnahme von Grünfläche und haben die Velos ausgemistet, um zu schauen, wie viele Velounterstandsplätze es tatsächlich braucht. Sie haben unter Protest einen Baustopp erwirkt, denn es braucht gar keine neuen Velounterstände, sondern Kommunikation und clevere Planung. Dieses Beispiel ist ein ganz aktuelles und nur eines von vielen, das man nun auch noch mit den nicht biodiversen Grünflächen der IBS bringen könnte.

Unser Fazit, es braucht nur Menschen, die mit Menschen kommunizieren oder eben das Finanzdepartement, das mit dem Bau- und Verkehrsdepartement respektive der Stadtgärtnerei proaktiv zusammenarbeitet. Es braucht Verwaltungsangestellte bei der IBS, die verstehen, was das Stadtklima und die Biodiversität positiv fördert und was nicht. Diese Motion denkt Nutzungskonflikte mit Biodiversität bedeutet nicht Verzicht auf Lebensqualität, im Gegenteil. Gut gestaltete Flächen können Spielräume, Erholung und Natur verbinden. Das ist schlicht gute Planung. Und ja, es wird vielleicht den Mehrwertabgabefonds oder auch die IBS etwas kosten. Aber nichts tun, kostet uns langfristig mehr, ökologisch, klimatisch und letztlich auch finanziell.

Wir Grünliberalen stehen für Lösungen, die Ökologie und Ökonomie verbinden. Genau das tut diese Motion. Sie nutzt vorhandene Instrumente wie den Mehrwertabgabefonds, sie stärkt die Vorbildrolle der öffentlichen Hand und sie setzt auf messbare Fortschritte bei der Biodiversitätsförderung, denn jeder Quadratmeter Stadtökologie zählt. Deshalb bitten wir Sie, dieser Motion zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Sie sind mit mir aber schon einig, dass es sich hier jetzt nicht wirklich um eine Riese Krise handelt, sondern doch vielleicht eher um Veloständerprobleme?

*Brigitte Kühne (GLP):* Überdeckte Veloständer nehmen den Platz weg, den grünen Platz, und es kommt kein Regen mehr auf den Boden. Das heisst, es ist eine Art Versiegelung des Bodens und das hat mit dem Stadtklima zu tun.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Wenn man die Fachleute hört, dann ist es eigentlich völlig klar, dass die Biodiversität mehr Fläche braucht. Das wissen wir vor allem seit Kunming, seit 2022, als die globale Gesellschaft sich dazu bekannt hat, 30% der belebten Flächen auf der Erde unter Biodiversitätsschutz zu stellen. Als wir das gehört haben als Biologen, sind wir freudig zu den Landwirten gerannt und haben das Bundesamt für Landwirtschaft aufgefordert, dann jetzt bitte vorwärtszumachen und mehr Biodiversität auch auf die Agrarflächen zu bringen. Dass wir hier auch grandios gescheitert sind, liegt daran, dass die Landwirte uns eigentlich den Spiegel vorgehalten haben und sagen, dass wir Städter eigentlich erstmal den ersten Schritt



machen sollten und schauen, dass wir eben vielleicht mit gutem Beispiel mal vorangehen und bei uns vor der eigenen Türe kehren und die 30% vielleicht auch im Siedlungsraum erstmal anstreben.

Wenn man jetzt in Basel schaut, wie viele Biodiversitätsflächen wir haben und wie viele Freiflächen zur Verfügung stehen, dann sind wir gar nicht so auf einem schlechten Weg. In der Innenstadt haben wir etwa 6,7% freie Flächen, aber dann zum Beispiel im Hirzbrunnenquartier oder im Bachlettenquartier sind wir doch immerhin schon bei über 40%. Was da fehlt, ist natürlich die Qualität der Flächen oft, die da bewirtschaftet worden sind. Das heisst, es geht viel um Verbesserung der Flächen, die wir heute haben, und natürlich brauchen wir auch, und das hat ja auch meine Motion gezeigt, wo wir die Vernetzungskorridore qualitativ auch verbessern sollen, und wenn wir das machen wollen, auch Barrieren zum Beispiel in diesen Korridoren verbessern wollen, dann brauchen wir, und das ist absolut notwendig, vermehrt Flächen. Und dazu genügen unsere Parkanlagen nicht, sondern da sind eben oft auch wirklich Flächen im Besitz des Finanzvermögens der Stadt gefragt und die werden verwaltet über die Immobilien Basel-Stadt.

Und hier muss man einfach sagen, das hört man von überall, hier klemmt es gewaltig. Wir haben es damit zu tun, dass in der Immobilien Basel-Stadt immer noch die ökonomischen Grundsätze weit über den ökologischen stehen und so einfach auch immer wieder verweigert wird, auf diesen Flächen eben die Qualität in einer Weise zu erhöhen, dass sie zum Beispiel wertvolle Trittflächen und Trittsteine sein können, um solche Vernetzungskorridore qualitativ zu erhöhen, zu verbessern und den Tieren und Pflanzen überhaupt die Möglichkeit geben zu können, sich in diesen Korridoren zu bewegen. Also wir haben da keine Bereitschaft, da Verbesserungen zu machen.

Wir haben aber Grundlagen, und auch wenn Annina von Falkenstein da widerspricht, es gibt Grundlagen und das Monitoringinstitut der Schweizerischen Akademie der Wissenschaften hat diese Grundlagen, um auch die Qualität zu messen und auch genau nach Indikatoren, Kriterien festzulegen, wie man das auch verbessern kann in den Flächen. Also die Grundlagen sind da, aber sie werden nicht umgesetzt. Wahrscheinlich fehlt das Knowhow in der IBS dazu, diese Umsetzungen zu machen. Wir wissen es nicht. Wir stehen immer noch vor Flächen, die selber Barrieren sind für die Erhöhung der genetischen Vielfalt in diesen Gebieten.

Die Motionärin versucht jetzt mit diesem Vorstoss, die Beteiligten aus dieser Pattsituation, also Ökonomie gegen Ökologie, herauszuführen und möchte auch schauen, dass die ökologischen höher bewertet werden, auch wenn es darum geht, Massnahmen zu treffen, die in der IBS auch sein können und dort auch Niederschlag finden können. Die Finanzierung haben wir auch, wir haben den Mehrwertabgabefonds, der uns dabei helfen kann, also auch hier ist eine Möglichkeit.

Deshalb bitten wir wirklich, die Grünen, und ich darf heute auch für die BastA hier reden, diese Motion der Regierung zu überweisen und damit beizutragen, die häufige Blockade endlich zu beenden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ja, die Biodiversität, ein Thema, welches in unserer Politik seinen festen Platz hat, regelmässig wieder aufs Tapet kommt und täglich grüsst das Murmeltier. Man kann bei der Biodiversität ruhig von einem Evergreen in unserer Politik reden. Suchen Sie einmal auf der Grossratsseite nach Biodiversität. Das Ergebnis; Motion Mathys, Umsetzungsplanung der Biodiversität, dann kantonale Volksinitiative, Biodiversitätsinitiative, Anzug Bartha, Förderung der Biodiversität, Anzug Keller, mehr Biodiversität, Anzug Strahm, Förderung der Biodiversität, Anzug Kühne, biodiversitätsschädigende Subventionen, dann Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs zur Förderung der Biodiversität, Anfrage Mathys, Biodiversitätspotenzial, Anzug Kühne zu entsiegeln und biodiversitätsfördernden Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale, etc.

Hier sticht die Biodiversitätsinitiative hervor, welche der Grosse Rat in der März-Session als rechtlich zulässig erklärt und dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen hat. Diese Initiative verlangt eine kantonale Biodiversitätsstrategie, dies im Gegensatz zur hier vorliegenden Motion und auch den vorher erwähnten Vorstössen, welche einfach nur Einzelteile der Biodiversität behandeln. Zum Beispiel Grünflächen oder Biodiversität Privater, einen privaten Baumbestand, Kindergarten, Schulen, Universitäten. Noch einmal, es steht die ganze Biodiversitätsinitiative im Raum, welche dieses Thema nicht in einzelne Mosaiksteine aufteilt, sondern ein ganzheitliches Vorgehen respektive Strategie verlangt. Ein legitimes Verlangen in unserem System, klar, aber statt dass wir auf Masse setzen, nämlich Masse von Vorstössen, schauen wir, was bei dieser Biodiversitätsinitiative herauskommt.

Und ganz nebenbei bemerkt, das kann ich mir jetzt nicht verklemmen, es ist schon interessant zu sehen, dass die Motion für die Gesamtfläche, die aufgewertet werden soll, einen fixen Wert vorgibt, nämlich die Hälfte, 50% des Flächenpotenzials. Verlangt die SVP bei einer Initiative einen Zahlenwert, zum Beispiel 10 Millionen, dann wird Zetter und Mordio geschrien und der Untergang der Schweiz herbeifantasiert. Geben aber Sie, liebe Freunde von Rot-Grün, eine fixe Zahl vor, dann ist das scheinbar wieder gut und völlig in Ordnung. Seien Sie doch konsequent und erklären Sie den hier verlangten Zahlenwert



auch als willkürlich stark politisch motiviert, was Sie sonst der SVP so gerne vorwerfen. Ich weiss, etwas viel verlangt, versuchen Sie es, ich verspreche Ihnen viele schöne und neue Erfahrungen.

Kommen wir zur Motion zurück. Ich fasse zusammen, statt dass wir Regierungsrat und Verwaltung mit einem Tsunami von Vorstössen bombardieren, warten wir das Ergebnis der Biodiversitätsinitiative und der Strategie daraus ab. Es ist sehr stark zu vermuten, dass diese Initiative gerade in unserem Kanton angenommen werden wird und die darauf folgenden parlamentarischen Beratungen werden sicher die eingereichten Vorstösse dann entsprechend berücksichtigen. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die vorliegende Motion nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Es ist ja nicht so, dass wir nicht bereits heute schon im Finanzvermögen die vorhandenen Möglichkeiten nutzen und prüfen, wo man die Biodiversität noch fördern kann. Und man muss auch sehen, es ist ja nicht der einzige Anspruch, den wir haben. Sie haben vorher mit einem Beispiel zeigen wollen, wie falsch die IBS anscheinend plant. Ja, mag kein gutes Beispiel zu sein, aber der Grosse Rat fordert auch Veloabstellplätze und gerade überdeckte Veloständer sind auch ein grosses Thema, gerade auch in der Nähe von Mietliegenschaften. Dann gibt es auch noch das Thema Photovoltaik. Soll man die Dächer nun begrünen oder biodivers gestalten oder braucht es mehr Photovoltaik. Also wir haben verschiedene Ansprüche und Forderungen. Und bereits heute versuchen wir im Finanzvermögen auch die Nutzbarkeit durch Mietende und die Auswirkungen auf die Mietnebenkosten zu berücksichtigen und daher werden die meisten Aufwertungen meistens erst gemacht, wenn es um geplante Sanierungen geht. Schliesslich ermöglicht dies einen effizienteren Ressourceneinsatz und reduziert auch die Belastung der Mietenden.

Immobilien Basel-Stadt ist bereits heute auch in die Umsetzung von Grünstadt Schweiz einbezogen im Finanz- und Verwaltungsvermögen. Liegenschaften werden auch heute naturnah bewirtschaftet und ökologische Anforderungen im Gartenunterhalt gestärkt. Im Zuge der angestrebten Grünstadt-Rezertifizierung werden weitere Flächen analysiert und aufgewertet. Die notwendigen Mittel dafür wurden vom Grossen Rat bereits gesprochen. Also es ist nicht so, dass wir hier nichts machen, inhaltlich läuft bereits vieles. Ich hatte auch ein wenig den Eindruck, wenn ich die Motion lese, dass vor allem auch neue Berichte gefordert werden. Das finde ich nicht so sinnvoll, das finde ich eher einen administrativen Aufwand. Aber gut.

Der Hauptgrund, warum wir die Motion nicht entgegennehmen wollen, ist, das Finanzvermögen liegt in der Zuständigkeit des Regierungsrates. Das Parlament hat hier keine Weisungsbefugnis und daher wird die Motion ungültig sein. Daher bitte ich Sie heute, diesen administrativen Aufwand, den kann man umgehen, indem Sie die Motion nicht überweisen. Sie können die Anliegen mittels eines Anzuges fordern, aber Sie können auch schauen, was wir alles schon machen, aber Sie können uns im Finanzvermögen keine Weisungen geben. Trotz allem ist das jetzt noch der Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, wo wir versuchen, all die Forderungen und all die Wünsche, die bestehen, auch nach bezahlbarem Wohnraum oder nach Wirtschaftsflächen oder was auch immer, diese zu erfüllen.

Und wir haben ein Finanzhaushaltsgesetz, welches wir einhalten müssen und dort steht, es kann nicht nur ökologisch bewirtschaftet werden, sondern wir müssen es auch wirtschaftlich bewirtschaften. Und das machen wir und ich glaube, wir haben dort bereits einen guten Mix gefunden, auch wenn jetzt vielleicht einzelne Beispiele nicht zu Ihrer Zufriedenheit erledigt wurden, aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich bitte Sie daher, die Motion nicht zu überweisen, da es die Zuständigkeit des Regierungsrats betrifft.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Brigitte Kühne. Diese wird angenommen.

*Brigitte Kühne (GLP):* Ist denn das Stadtklimakonzept und das Biodiversitätskonzept nicht behördenverbindlich für das Finanzdepartement?

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Das Finanzvermögen ist wie ein privates Vermögen. Das heisst, es ist für uns das verpflichtend, was für andere Private verpflichtend ist. Das ist verfassungsrechtlich so.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher gemeldet hat sich David Jenny.



*David Jenny (FDP):* Das Finanzvermögen ist ein Hobby von mir, die Frau Regierungsrätin weiss es. An die linke Ratsseite, seien Sie doch ehrlich, machen Sie eine Verfassungsinitiative, die im Bereich des Grundeigentums das Finanzvermögen abschafft, dann haben wir diese Probleme nicht mehr. Wir haben dann in der Bilanz unseres Kantons Probleme, aber diese ständige Erosion des Finanzvermögens, das ist unlauter. Ich bitte Sie wirklich, reichen Sie diese Initiative ein, dann können wir darüber reden. Aber bevor das so ist, sollten auch Sie das Recht respektieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt keine weiteren Einzelsprechenden. Somit hat das Schlusswort die Motionärin.

*Lisa Mathys (SP):* Zuerst, ich schnaufe ja immer tief durch, wenn ich als ideologisch oder ideologisiert oder so bezeichnet werde. Mich stört das nicht, weil eine Ideologie ist ja eine Grundüberzeugung, eine Wertorientierung und ja, ich bin ideologisch, ich will die Welt verbessern. Deshalb verletzt mich das jetzt nicht so sehr.

Beeindruckt hat mich auch die Liste, die Herr Schaller vorgelesen hat. Sie ist eindrücklich lang. Ich bin auch stolz, dass ich da zweimal vorgekommen bin. Zuerst habe ich mit einer schriftlichen Anfrage die Grundlagen eingeholt und darauf basiert die Motion, die wir heute diskutieren. So verstehe ich auch die parlamentarische Arbeit und die Aufgabe, aber ich möchte trotzdem schon noch darauf hinweisen, dass es grundsätzliche Unterschiede gibt zwischen der hängigen Initiative, die Sie mehrfach erwähnt haben, und der Motion, die wir heute diskutieren. Bei der Motion geht es konkret um die Immobilien Basel-Stadt und wie der Name dieser Firma schon sagt, gehört sie unserem Kanton und somit uns und somit sollten wir auch darauf einwirken, wie dort gearbeitet wird.

Die Behauptungen, die Sie noch angeführt haben, Herr Schaller, zu den Forderungen, die in der Motion sind, sind falsch. Es ist nicht von fix 50% die Rede, aber um es in Ihren Worten zu sagen, vielleicht ist es zu viel verlangt, dass Sie es richtig zitieren, aber damit lasse ich jetzt auch die Gehässigkeiten weg und gebe einfach nur zurück, was Sie gesagt haben. Es geht um eine Orientierung oder eine Anstrengung an die Hälfte der Fläche und es gibt nichts von fixen Beträgen.

Der Vorwurf, der von der LDP kam, dass es wissenschaftlich zu wenig fundiert sei, ich denke, wir haben jetzt hier einige Fachpersonen gehört als Vorredner\*innen von mir, ich verlasse mich sehr gerne auf deren Expertise und ich finde es halt schon schwierig, wenn man die Wirksamkeit von Biodiversitätsmassnahmen im städtischen Kontext so grundsätzlich in Frage stellt. Diese kleinen Flächen, diese Umgestaltungen, das sind ja immer auch wichtige Trittsteine für Tierarten, das geht nicht immer nur um grosse Flächen und grosse Dinge, die überhaupt erst eine Wirkung entfalten, sondern eben auch die kleinen, die sind ganz wichtig.

Ich erzähle Ihnen kurz ein Beispiel von jemandem, der mir erzählt hat, sie wohnt in einem Mehrfamilienhaus, hat auf dem Balkon ein Insektenhotel und dort gab es eine schöne biodiverse Fläche auf dem Rasen und es war Hochbetrieb in diesem Insektenhotel. Dann kam der Abwart und fand, das stört, diese biodiverse Fläche, hat sie abgemäht und am nächsten Tag war kein Betrieb mehr in diesem Insektenhotel, kein einziges Insekt war mehr da. Es ist eine kleine Geschichte, schon klar, aber das zeigt eben, was solche Flächen wirklich bewirken, was dort alles zusätzlich zu den Pflanzen, die dort wachsen, dann eben auch leben kann.

Dann möchte ich noch kurz die Kosten ansprechen. Ich finde, nicht nur wegen dem Klimaaspekt und den Aufgaben, die wir in diesem Bereich haben, lohnen sich die Kosten, sondern auch, weil biodiverse Flächen, die mäht man ja seltener, also das ist nicht per se teuer, das gestaltet man um und dann wird es eher auf die lange Frist dann günstiger.

Ich bin fest der Überzeugung, auch mit Blick in andere Städte, da geht noch deutlich mehr in Basel-Stadt, IBS hat auch noch Luft nach oben und die Vergleiche, die Salome Bessenich schon angefügt hat, will ich nicht wiederholen. Es gibt genügend institutionelle Immobilienfirmen, die beweisen, dass es attraktiv ist, auch für die Besitzerin, da vorwärtszumachen, für mehr Biodiversität zu sorgen und ich bitte Sie in diesem Sinne, die Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt noch eine Zwischenfrage von Beat K. Schaller. Diese wird nicht angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.



### Ergebnis der Abstimmung

**56 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008925, 06.05.26 17:17:29]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 56 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung die Motion überwiesen.

## 16. Anzug 1 Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtsperre bei eduBS-Books

[06.05.26 17:17:37, 26.5096.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dieser wird bestritten von Franziska Stier.

*Franziska Stier (BastA):* BastA wird hier unterschiedlich abstimmen, das heisst, ein Teil der Fraktion BastA bestreitet den Vorstoss und ich möchte kurz unsere Überlegungen dazu skizzieren. Es ist klar, dass die Bildschirmnutzung am Abend die Schlafqualität und die Konzentration beeinflussen. Bei Kindern und Jugendlichen ist dieser Effekt noch stärker. Die Schule hat damit nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern auch einen Schutzauftrag.

Ein zweiter Punkt ist, dass es eben auch darum geht, die Entgrenzung der Schule zu verhindern. Aus Arbeitnehmendensicht wehren wir uns immer wieder gegen die Entgrenzung der Erwerbsarbeit. Darum sollten wir auch die Entgrenzung der Schule verhindern. Eine stufengerechte Nachtsperre würde eben genau diese Grenze schaffen. Und natürlich sind auch manche Eltern mit der Kontrolle der Bildschirmzeit überfordert. Die Sperre wäre damit auch eine Entlastung, insbesondere für Familien, die bereits mehrfach belastet sind.

Auf der anderen Seite haben wir Kinder mit verschiedenen Lebensrealitäten. Manche Kinder haben kein eigenes Zimmer und keinen eigenen Arbeitsplatz. Sie sind dazu gezwungen, ihre Hausaufgaben zu erledigen, wenn jüngere Geschwister schlafen. Die Nachtsperre ist damit auch eine Normierung an eine privilegierte Lebensrealität. Ausserdem haben wir neurodivergente Jugendliche, die zum Beispiel am Nachmittag eine längere Pause brauchen und erst am Abend ihre Hausaufgaben wieder erledigen können. Lernen ist schliesslich etwas sehr Individuelles mit unterschiedlichen Rhythmen und unterschiedlichen Konzentrationsphasen.

Die Nachtsperre zwingt Kinder, sich an ein System anzupassen, statt das System an die Realität Kinder und genau diesen Punkt haben wir auch bei dem späteren Schulbeginn intensiv diskutiert. Wenn wir also über unbegrenzten Zugriff und fehlende Kontrollmöglichkeiten sprechen und auf der anderen Seite über starre zeitliche Beschränkungen, dann verschieben wir ein Problem. Wir werfen das eigentliche Problem wie eine heisse Kartoffel zwischen zwei nicht befriedigenden Lösungen hin und her. Wenn es uns also wirklich darum geht, Bildungsgerechtigkeit zu erzielen, und da war sich unsere Fraktion einig, dann müssen wir bei den Hausaufgaben selbst ansetzen, nicht bei der Uhrzeit, zu der sie erledigt werden sollen. Das heisst, wenn wir wirklich faire Bedingungen wollen und die Schülerinnen und Schüler da ernst nehmen, dann müssen wir dort ansetzen, wo der Druck entsteht und das heisst, Hausaufgaben abschaffen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.

*Adrian Iselin (LDP):* Die LDP ist der Meinung, dass dieser Anzug zu stark in die operative Tätigkeit der Schulen eingreift. Solche Detailfragen gehören nicht auf die Ebene des Grossen Rates. Die LDP steht dafür, dass Eltern ihre Kinder zur Eigenverantwortung erziehen. Es ist nicht liberal, wenn der Staat die Erziehungsverantwortung der Eltern bis in die Nacht



hinein übernimmt. Es ist Sache der Eltern, den Konsum elektronischer Medien ihrer Kinder zu regulieren, auch wenn ich als Vater weiss, dass das nicht immer ganz einfach ist. Da mit diesem Anzug aber lediglich eine Prüfung und ein Bericht verlangt wird, es handelt sich nicht um eine Motion, werden wir diesen Anzug nicht bestreiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist die Anzugstellerin Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Ich möchte nur kurz zu drei Aussagen Stellung beziehen. Zum einen, das mit dem operativen kann ich nachvollziehen, allerdings wenn ich weiss von Eltern, die Lehrpersonen, die Schulleitung, verschiedene Stellen im ED schon kontaktiert haben und leider immer ins Leere gelaufen sind, dann ist halt vielleicht einmal der Moment, wo man denkt, man muss auf einer anderen Ebene ansetzen.

Dann zur Frage, werden da Leute benachteiligt, die nur abends Hausaufgaben machen können, wenn Jüngere schon schlafen. Ich habe vorhin die Diskussion bei der Motion Laurin Hoppler verstanden, dass genügend Schlafrecht wichtig sei. Wir reden hier unter anderem von Primarschülerinnen und -schülern zwischen zehn bis zwölf Jahren, die sollten gemäss meinen Kenntnissen neun bis elf Stunden schlafen. Das ist, wenn sie um sieben oder halb acht aufstehen müssen, irgendwie so neun Uhr, ich habe es jetzt nicht ganz gut ausgerechnet, aber jedenfalls, es geht eigentlich nicht darum, dass die Sperre ab 18 Uhr ist, das soll man ja gut überlegen, sondern einfach, dass sie so ist, dass die Kinder dann ins Bett kommen, dass sie eben genügend schlafen und am nächsten Morgen wieder fit sind und dass sie da nicht noch ein Mittel mehr haben, dass sie in Versuchen führt, dann noch zu chatten.

Da denke ich, wird auch nicht im engeren Sinn in irgendeiner Freiheit eingegriffen, wenn wir doch davon ausgehen, dass irgend so, ich sage jetzt mal eine Zeit, ein 12-Jähriger um 10 Uhr eigentlich nicht mehr Hausaufgaben erledigen muss, sondern man erleichtert hier einfach eine Situation, die von vielen Eltern und Familien als sehr belastend beschrieben wird, dass sie jetzt einfach zusätzlich zu allen Diskussionen, die sie ja sowieso haben rund um die Geräte, die manchmal leichter und weniger leicht sind, jetzt noch eines nach Hause bekommen von der Schule und das könnte man so einfach lösen mit dieser Nachtsperre. Dann haben sie diese eine Diskussion nicht mehr und niemandem wird eigentlich etwas weggenommen. Darum bitte ich um eine Überweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 9 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008927, 06.05.26 17:24:43]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 79 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

## **17. Anzug 2 Sandra Bothe und Brigitte Gysin betreffend Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen des Kantons Basel-Stadt**

[06.05.26 17:24:52, 26.5097.01]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**18. Anzug 3 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Versorgungslücken bei Spitex-Leistungen für Personen unter 65 Jahren**

[06.05.26 17:25:20, 26.5107.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**19. Anzug 4 Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend Sicherstellung der Information der Bevölkerung in Schutzräumen nach der geplanten Abschaltung des UKW-Notfallradios (IBBK)**

[06.05.26 17:25:47, 26.5109.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**20. Anzug 5 Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt**

[06.05.26 17:26:18, 26.5108.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Wir lehnen diesen Anzug ab, und zwar, weil er von den Forderungen her sehr viele verschiedene Kriterien anspricht und er uns deswegen zu weit geht. Er setzt sehr stark auf verbindliche Vorgaben statt auf Augenmass und Eigenverantwortung und ist deswegen aus unserer Sicht weder pragmatisch genug noch zielführend. Denn Ernährung ist ein sehr privater Lebensbereich und eine umfassende staatliche Ernährungspolitik birgt die Gefahr der Übersteuerung und auch der Einschränkung der individuellen Wahlfreiheit. Der Vorstoss setzt uns zu wenig auf das Schaffen von Leitplanken, die als Empfehlung wahrgenommen werden, und birgt für uns ein bisschen das Risiko, dass es einen konträren Effekt auslösen könnte, weil Ernährung zu Hause startet, sehr fest mit den eigenen Wertvorstellungen zu tun hat und es auch schnell angriffig wirken kann, wenn man sich dort einmisch.



Was wir klar unterstützen, ist, dass das Essen in den Tagesstrukturen und auch in den staatlichen Kitas sicher gesund sein muss, dass man auch dort gesunde Ernährungsmuster einführen soll, dass die Kinder das kennenlernen und dort sehen wir aber auch ein bisschen das Problem, dass diese Ausschreibungen oft nach dem Beschaffungswesen gehen, was es dann erschwert, wirklich qualitativ hochwertigsten, nachhaltigsten Caterer auszusuchen und oft der dann am Schluss raussticht, der doch den besten Preis anbietet. Und da würden wir auch Hand bieten für einen Vorstoss, um über diese Kriterien drüber zu gehen, weil wir finden, dort kann sehr viel bewirkt werden, nicht aber, indem flächendeckend ein Ernährungskonzept oder eine Ernährungspolitik erstellt wird.

Vielleicht noch ein paar Punkte dazu. Gerade was die Innovation anbelangt im nachhaltigen Bereich, auch im vegetarischen, veganen Bereich, kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, ich ernähre mich seit neun Jahren vegan und in diesen neun Jahren ist extrem viel an Innovation geschehen. Also wahnsinnig viele neue Produkte, regionale Produkte, kleine Anbietende, sei es von Tofu über anderen Ersatz, der zum Teil wirklich auch auf pflanzlicher Basis ist und nicht voller Zusatzstoffe gepackt, da geht sehr viel und ich glaube nicht, dass es da eine kantonale staatliche Förderung dafür braucht, die über die bereits bestehenden Label hinausgeht. Es bestehen die Label, die werden auch genannt im Vorstoss und die reichen unserer Meinung von der LDP her aus.

Was uns auch noch wichtig ist, wir sehen den Kanton als Mittelstelle für Events wie die Herbstmesse oder den Weihnachtsmarkt, aber wir möchten auch nicht, dass dort die Kriterien so streng vorgegeben werden, dass am Schluss dort einfach ein Festival von irgendwie regionalen Schwarzwurzel-Hot-Dogs stattfindet, die nicht mehr wirklich spannend sind, sondern dass dort eine Vielfalt bestehen bleibt und auch eine gewisse Auswahl, ohne dass das je nachdem sogar dogmatisch gesteuert würde, je nachdem, wer das dann umsetzt.

Und zuletzt stelle ich mir auch die Frage, gerade beim Regionalen, nochmal was persönliches, ich bin überzeugte Gemüsekorb-Abonnentin und ich sehe auch, was dort drin ist. Ich weiss auch, dass die Flächen, die wir in der Region haben, begrenzt sind und frage mich, wenn jetzt der Kanton für die Kitas und die Tagesstrukturen dort das Gemüse bezieht, was ist dann noch in meinem Gemüsekorb drin. Wir haben ja nur limitierte Ressourcen, das hat auch einen gewissen Kostenpunkt, also wie das Angebot dann da mithalten soll, wenn man wirklich auf eine sehr regionale Strategie ginge, ist für mich auch dahingestellt.

Von dem her möchten wir uns dafür einsetzen, dass wirklich dort, wo die Kinder sind, die eben das Essverhalten noch geprägt bekommen, etwas geschieht, dafür würden wir auch Hand bieten, aber dieser Vorstoss, der geht uns, und mir ist noch in den Sinn gekommen, ich spreche auch für die SVP und die FDP, Entschuldigung für die späte Deklaration, dass das uns zu weit geht so. Gerade auch für viele kleine Betriebe bedeutet das wirklich eine Einschränkung, wenn sie sich da anpassen müssen oder in einen Innovationswettbewerb reingezogen werden, dem sie mit ihrer Grösse gar nicht standhalten können und deswegen setzen wir uns aus diesen verschiedenen Aspekten gegen diesen Anzug ein und bitten Sie, den abzulehnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für ein Einzelvotum eingetragen hat sich Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Wir Grünliberalen unterstützen den vorliegenden Anzug, weil er ein wichtiges Thema adressiert. Die Ernährung ist ein zentraler Hebel für Klimaschutz, Gesundheit und regionale Wertschöpfung. Gerade auch im Hinblick auf die Klimaziele des Kantons Basel-Stadt. Es ist richtig, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie eine kohärente und wirkungsvolle Ernährungspolitik im Rahmen der Scope 3-Strategie entwickelt werden kann. Insbesondere begrüssen wir den Fokus auf Food Waste-Reduktion, Bildung sowie die Stärkung regionaler Kreisläufe.

Gleichzeitig ist uns aber ein Punkt wichtig. Wir stehen für eine nachhaltige Transformation, die auf Anreizen, Innovation und Eigenverantwortung basiert, also nicht primär auf Verboten und starren Vorschriften. Gerade im Bereich Ernährung braucht es Lösungen, die breit akzeptiert sind und von der Bevölkerung mitgetragen werden. Pauschale Verbote oder zu detaillierte Vorgaben für Konsum oder Angebot lehnen wir deshalb ab. Der Anzug geht in die richtige Richtung, solange er diese Prinzipien berücksichtigt und nicht in eine Verbotskultur mündet.

In diesem Sinne unterstützen wir Grünliberalen die Überweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

*Christine Keller (SP):* Für Sie möchte ich namens der SP hier auch sagen, dass wir selbstverständlich mit diesem ausgesprochen moderaten und offen formulierten Vorstoss sehr einverstanden sind. Die Regierung hat versprochen in der Antwort auf die Motion von Raffaella Hanauer und Konsorten zur Erstellung einer Klimastrategie mit Klimaaktionsplan, auch



zum Scope 3, das betrifft unter anderem Konsum und Ernährung, konkrete Massnahmen vorzuschlagen und hier wird nachgedoppelt und konkret gefragt, bis wann und wie und es werden keinerlei dogmatischen Verbote auch nur avisiert.

Für uns ist die Ernährung ein sehr wichtiges Thema, die nachhaltige Ernährung. Wir waren Anfang Jahr auch eingeladen, nur wenige Grossrät\*innen waren anwesend zu einem Forum dazu und neben dem, was gegessen wird selbst, spielt ja hier eben auch, wie angesprochen, das Thema möglichst regional. Klar, das muss natürlich im Einklang mit dem Angebot stehen, das ist ja selbstverständlich im Falle eines Zielkonfliktes, aber auch beispielsweise das wichtige Thema der Vermeidung von Food Waste. All dies wird zusammengefasst im Thema nachhaltige Ernährung.

Unser Kanton hat wirklich viel Lob geerntet, zu Recht auch international, und sehr gute Befragungsergebnisse erzielt für seine Nachhaltigkeitspolitik beim ESC und da hat man ja wirklich beste Erfahrungen mit diesem Konzept. Da er ja bekanntlich auch einen hohen Anteil pflanzlicher Ernährung vorgesehen hat, hat man hier sehr gute Erfahrungen gemacht und die Leute waren ausgesprochen, ich glaube, 95% war der Wert, zufrieden damit.

Hier, dieser Anzug möchte einfach etwas verbindlicher fordern und auch Fragen zum Teil, bis wann und wie diese Ideen in Basel umgesetzt werden können und es wird zu Recht auch gesagt, es wird schon viel getan, ja, aber es gibt noch Luft nach oben im Vergleich mit anderen Städten. Ja, diese regionalen Tofu-Produktionen und so, die sind mir auch bekannt, aber ich denke, auch hier, es ist sicher noch mehr möglich mit Anreizen und ähnlichen Empfehlungen und darum möchten wir Ihnen eigentlich mit Überzeugung beantragen, diesen Anzug von Lea Wirz zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler..

*Daniel Seiler (FDP):* Ich mache es ganz kurz, es gibt eigentlich nicht viel mehr zu sagen. Aber ich frage mich schon, wie man bei der GLP, darauf kommt, dass wir hier nicht von Verbindlichkeit reden. Also wir reden von verbindlichen Richtlinien, wir reden von verbindlichen Nachhaltigkeitskriterien. Wie soll das nachher umgesetzt werden, wenn wir nicht von verbindlichen Sachen reden? Also ich glaube, da muss man schon ein bisschen unterscheiden, entweder sind wir für Verbote oder die Regeln oder dagegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt keine weiteren Einzelsprechenden. Somit hat die Anzugsstellerin Lea Wirz das Wort.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Vielen Dank für die Debatte und die unterschiedlichen Sichtweisen. Für mich ist dieser Anzug kein radikales Anliegen, sondern man stellt eigentlich einfach eine konsequente Weiterführung dessen dar, was die Basler Stimmbewölkerung bereits beschlossen hat, nämlich Netto-Null bis 2037 und die Verankerung der Klimagerechtigkeit. Ich denke, wer diese Ziele ernst nimmt, kann die Ernährung nicht ausklammern. Sie gehört mit zu den zentralen Treibern von Emissionen im sogenannten Scope 3-Bereich, der eben Konsum und Ernährung mitumfasst. Dort hat der Kanton die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und dies mit einer entsprechenden Strategie auch bereits in Aussicht gestellt.

Eine nachhaltige Ernährungspolitik verbindet drei zentrale Interessen. Nämlich Klimaschutz: Der Ernährungssektor verursacht einen erheblichen Anteil indirekter Emissionen. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, braucht es auch in diesem Bereich Anstrengungen. Gesundheit: Eine ausgewogene frische Ernährung trägt zur Gesundheit der Bevölkerung bei und kann dazu beitragen, langfristig Gesundheitskosten zu reduzieren. Und ich bin einverstanden, dass das möglichst früh anfangen sollte, nämlich schon in den Tagesstrukturen, in den Kitas und Schulen. Regionale Wertschöpfung: Lokale Produzent\*innen oder Gastronomiebetriebe profitieren direkt, wenn wir vor allem lokal konsumieren. Und ich habe keine Befürchtungen, dass Gemüse-Abo dann leer ist für uns, ich habe es auch abonniert und ich freue mich, wenn da weiterhin frisches Gemüse drin ist.

Der Anzug verlangt keine strengen Vorschriften oder Eingriffe, sondern eine Prüfung, Koordination und Weiterentwicklung bestehender Ansätze sowie griffige Zielvorgaben und deren Überprüfung. Mit dem Anzug soll Kohärenz geschaffen werden. Heute existieren bereits zahlreiche gute Initiativen, von Food Waste-Projekten bis zu urbaner Landwirtschaft. Was fehlt, ist eine strategische Klammer darum herum und der Vorstoss will genau dies, diese Lücke schliessen, Synergien nutzen und fördern. Zweitens sollen erfolgreiche Modelle gestärkt werden. Städte wie Biel oder Genf zeigen, dass eine nachhaltige Ernährungspolitik konkret umsetzbar ist und auch eine Wirkung erzeugt. Basel-Stadt hat hier trotz bereits bestehender Initiativen Luft nach oben.

Dieser Anzug richtet sich zudem primär an den staatlichen Verantwortungsbereich. Es betrifft öffentliche Beschaffung, kantonale Betriebe sowie die Bildung und Information. Es geht also darum, dass der Kanton dort, wo er selbst handeln und finanzieren kann, nachhaltig und verantwortungsvoll agiert. Niemandem wird damit vorgeschrieben, was er oder sie privat



essen soll, ich weiss nicht, wo Sie das gelesen haben, ehrlich gesagt. Vielmehr kann der Kanton bessere Rahmenbedingungen schaffen, eine transparente Information zur Verfügung stellen und attraktive nachhaltige Angebote fördern. Das erweitert meines Erachtens die Wahlfreiheit und schränkt sie nicht ein. Diese Befürchtung dieses übermässigen Eingriffs auf den Privaten ist für mich unbegründet, weil mit dem Anzug ausdrücklich gefordert wird, dass geprüft und berichtet werden soll, dass bestehende Initiativen besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden sollen sowie vorhandene Programme und Netzwerke genutzt werden sollen.

Für mich ist der Anzug ein Puzzlestück in dem, was der Regierungsrat ohnehin angekündigt hat, und soll ihm gewisse Impulse noch mit auf den Weg geben für die Fertigstellung seiner in Aussicht gestellten Strategie im Scope 3-Bereich. Wenn wir das Netto-Ziel ernst nehmen wollen, kommen wir nicht an einer kohärenten Ernährungspolitik vorbei. Deshalb bitte ich Sie, diesem Anzug zuzustimmen, denn es geht hier um eine nachhaltige Ernährungspolitik, nicht um Essensvorschriften und schon gar nicht um vegane Schwarzwurzel-Hotdogs. Vielen Dank für die Überweisung des Anzugs.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

Ja heisst Überweisung des Anzugs, nein heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008932, 06.05.26 17:42:06]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 55 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

### **21. Anzug 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung und Auslandsschweizer Stimmberechtigte**

[06.05.26 17:42:15, 26.5110.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **22. Anzug 7 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel**

[06.05.26 17:42:42, 26.5111.01]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich als erste Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Der vorliegende Anzug mit dem Titel «Reparieren statt Wegwerfen – Reparaturbonus auch für Basel» greift ein wichtiges Anliegen auf, den schonenderen Umgang mit Ressourcen und die Reduktion von Abfall. Dieses Ziel teilen wir ausdrücklich und dennoch, der vorgeschlagene Weg überzeugt nicht. Ein staatlich finanzierter Reparaturbonus mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass er erhebliche Nebenwirkungen hat, insbesondere für das bestehende Gewerbe in unserem Kanton. In Basel-Stadt verfügen wir über zahlreiche professionelle Reparaturbetriebe, sei es im Elektro- oder im Textilbereich. Diese arbeiten fachgerecht, investieren in Ausbildung, Infrastruktur und Qualitätssicherung und sie übernehmen Verantwortung, indem sie auf ihre Arbeit Garantien geben. Genau dieses Gewerbe würde durch einen staatlich subventionierten Reparaturbonus unter Druck geraten, denn ein solcher Bonus verzerrt den Markt. Er begünstigt punktuell einzelne Reparaturformen oder Anbieter, während etablierte Betriebe, die heute schon wirtschaftlich arbeiten müssen, Sozialabgaben und Mindestlöhne bezahlen müssen, in einen indirekten Preiswettbewerb mit subventionierten Angeboten gedrängt werden. Das ist weder fair noch nachhaltig und schon gar nicht korrekt.

Hinzu kommt ein weiterer ganz zentraler Punkt und dies ist die Sicherheit. Gerade bei Elektrogeräten ist eine fachgerechte Reparatur entscheidend. Unsachgemässe Eingriffe können zu Stromschlägen oder im schlimmsten Fall zu Bränden führen. Professionelle Betriebe verfügen über das nötige Knowhow, die entsprechenden Prüfverfahren und haften für ihre Arbeit. Bei niederschweligen oder informellen Reparaturangeboten, so gut gemeint sie sind, ist dies nicht in gleicher Weise gewährleistet. Was ist, wenn wegen einer nicht korrekt durchgeführten Reparatur ein Brand in einem Wohnhaus ausbricht? Wer übernimmt dann diese Verantwortung? Wir dürfen deshalb nicht leichtfertig Anreize setzen, die potenziell sicherheitsrelevante Risiken erhöhen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eingetragen für ein Einzelvotum hat sich Harald Friedl.

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* Die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich ganz klar für die Überweisung dieses Anzugs aus, das sehen Sie auch im «Chrüzlistich». Ich möchte auch nicht jetzt alles ausführen, warum wir das extrem sinnvoll finden. Auch die SVP hat jetzt gesagt, dass es ein sehr wichtiges Thema ist und wir wissen alle, dass viel zu viel weggeschmissen wird, das noch reparaturfähig ist und Sinn machen würde, das nochmals jemandem abzugeben. Ich denke, es geht ja nicht darum, dass man da jetzt irgendein neues Gewerbe lancieren will, sondern es geht darum, dass der Kanton da Unterstützung gibt, wenn jemand etwas reparieren lassen will.

Ich möchte jetzt hier nur noch darauf hinweisen, schauen Sie auch noch nach Zürich. Die Stadt Zürich, die wird jetzt im Sommer 2026 einen Reparaturbonus, ein Pilot, der auf drei Jahre angelegt ist, starten und es ist einfach ein Anliegen, dass auch der Kanton Basel-Stadt sich mit der Stadt Zürich da kurzschliesst und mit ihnen dann zusammen schaut, was funktioniert, was funktioniert nicht. Da ist Zürich ein bisschen voraus, wenn wir heute den Anzug überweisen, sind die schon ein Stückchen weiter und ich denke, da müssen wir nicht das Rad von vorne ganz neu erfinden, wir können da einzelne Aspekte, denke ich, auch noch einbringen. Aber nehmen Sie da Kontakt auf und schauen Sie auch, was dort funktioniert und was nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Meine Votums-Serie als Anti-Öko des Tages geht weiter. Die LDP ist auch gegen diesen Anzug, und zwar können wir uns einerseits dem SVP-Votum anschliessen, und zwar auch im Punkt, dass wir es wichtig finden, dass eben repariert wird und nicht einfach weggeschmissen wird, weil es je nachdem günstiger ist, was Neues zu kaufen oder auch einfach weniger umständlich ist, was Neues zu kaufen. Das können wir sehr unterstreichen, genau wie auch der Punkt der Haftung bei gewissen sehr sensiblen Reparaturen.

Wir finden ausserdem auch, dass es sicher Initiativen gibt oder auch Potenzial gibt, Innovation zu betreiben in diesem Bereich. Ein gutes Beispiel für ein anderer Bereich, nämlich der Bereich des Food Waste, ist Too Good To Go, eine Unternehmung, die es wirklich geschafft hat, Partnerschaften einzugehen mit Lebensmittelanbietern und das Label «Ofť länger gut» auf die Produkte draufgebracht hat aus diesen Zusammenarbeiten, wo wir uns wünschen würden, dass zum Beispiel auch ein Label entsteht, und zwar nicht staatlich, sondern aus privater Initiative, das den Hinweis gibt, dass Produkte



repariert werden können, das vielleicht auch mittels QR-Codes die Möglichkeit einfach macht, ein Ersatzteil zu bestellen oder Hinweis darauf, wo was repariert werden kann, um eben diese Hemmschwellen des Fortwerfens zu senken.

Was wir auch sehr begrüssen, ist zum Beispiel, dass es schon die Quartierflohmis gibt, die auch nochmal reduzieren, dass man nicht wegwirft, oder die vielleicht mangelhafte, nicht mehr ganz funktionierende Produkte zu sehr günstigem Preis anbieten, dass die Heimwerklerinnen und -werkler da vielleicht noch was rausholen können.

Und der dritte Punkt, und das ist ein bisschen ein allgemeiner, das geht auch darum im Anzug, dass eine Kampagne gestartet werden soll und wir sehen uns einfach einer vermehrt hier drin entstehenden Kampagnenflut ausgesetzt. Für alles sollen wir eine Kampagne machen und wir sind ein bisschen besorgt, dass schlussendlich aus der Menge der Kampagnen dann der Zweck der Kampagne untergraben wird, dass nämlich unsere Kantonsbewohnerinnen und -bewohner gar nicht mehr mitbekommen, was noch alles richtig wäre oder besser wäre oder angepasst werden sollte, sei es eben im Bereich Haushalt, Ernährung, schlussendlich häusliche Gewalt, ein sehr wichtiges Thema, Kindererziehung, etc. Von dem her halten wir dazu an, ein bisschen vorsichtig zu sein im Kampagnenbereich, dass wir nicht durch eine Überinformation schlussendlich die wichtigen Zwecke, die wirklich Staatsaufgabe sind, untergraben und unsichtbar machen, weil wir ganz viele andere Kampagnen lancieren, die auch durch private Initiative aus Vereinen oder aus der Wirtschaft abgedeckt werden könnten.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Liberal-Demokratischen Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Reparieren war früher eine Selbstverständlichkeit und heute gefühlt zu mühsam oder zu teuer, denn mit einem Klick kann ja online ein neues preiswertes Produkt bestellt werden. Die Emissionen, die dabei verursacht werden durch das Herstellen des neuen Produkts, aber auch durch die Entsorgung des alten, werden gekonnt ignoriert. Umso wichtiger ist es, dass das Reparieren gefördert wird und wieder «in» wird. So können die Lebensdauer von Produkten erhöht und die Abfälle verringert werden.

Der Kanton kann diesen Prozess tatkräftig unterstützen und seinen Beitrag leisten. Durch Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmer\*innen kann zudem das lokale Gewerbe gefördert werden statt das Ausbeuten von Billigarbeitskräften anderswo. Mit welchen Akteuren zusammengearbeitet wird, soll anhand der Eignung und Verfügbarkeit durch den Kanton evaluiert werden. Ich bin mir sicher, dass dabei auch Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden können und da nicht zu viel in die Luft fliegen wird dabei.

Auch denke ich, dass das Beispiel Too Good To Go zeigt, dass es möglich ist, Labels zu kreieren und ich denke, es kann auch durchaus sein, dass der Kanton da zuerst startet und dass es dann in den privaten Sektor übergeht. Ich denke, da kann der Kanton da starten und vorangehen und seinen Beitrag leisten. Mir scheint auch, die Romandie ist in einigem innovativ und wir als Grenzkanton können uns durchaus inspirieren lassen und auch mit Zürich zusammen das in der Deutschschweiz vorantreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

*Johannes Barth (FDP):* Das Anliegen hinter diesem Anzug, weniger Wegwerfmentalität, mehr Ressourceneffizienz, ist grundsätzlich natürlich sympathisch. Auch aus unserer Sicht gilt, wer repariert statt wegwirft, handelt vernünftig und verantwortungsvoll. Aber der Weg, den dieser Anzug vorschlägt, ist der falsche. Ein staatlicher Reparaturbonus ist letztlich nichts anderes als eine neue Subvention, finanziert vom Steuerzahler. Wir subventionieren damit einzelne Konsumentenentscheidungen und greifen in den Markt ein. Das ist nicht Staatsaufgabe. Wenn eine Reparatur wirtschaftlich sinnvoll ist, wird sie der Markt regeln und tut es bereits. Repair Café, Rep-statt, in der Markthalle private Anbieter. Wie schon mehrfach von den Vorrednern gesagt, das Angebot existiert bereits.

Der Kanton Basel-Stadt hat zudem kein Geld zu verschenken. Bevor wir neue Subventionsprogramme lancieren, sollten wir bestehende staatliche Ausgaben kritisch hinterfragen, nicht neue schaffen. Was wir unterstützen könnten, eine gezielte kostengünstige Öffentlichkeitskampagne, die auf bestehende Reparaturangebote hinweist. Das ist sinnvoll, niederschwellig und ohne grosse Staatsintervention umsetzbar. Das bereits laufende Seeding-Programm der Klimaabteilung bietet hierfür ohnehin schon den richtigen Rahmen.

Daher unterstützt die FDP diesen Anzug nicht und bittet, diesen nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Anzugstellerin Brigitta Gerber hat das Schlusswort.



*Brigitta Gerber (BastA)*: Nun, Leoni Bolz und Harald Friedl haben das Anliegen bereits gut und richtig erklärt, danke vielmals. Ich werde mich deshalb etwas kürzer halten, aber ich möchte gerne auf die Voten, die mich etwas verwirrt haben, eingehen.

Jenny Schweizer, es ginge gegen existierende Betriebe. Ich frage Sie, gibt es die wirklich noch? Ich meine es wirklich im Ernst, ich habe kürzlich eine Bernina und eine Singer-Maschine, wirklich hochentwickeltes schweizerisches Material, versucht reparieren zu lassen. Keine Chance. In der Schweiz gibt es nichts mehr, wo man die Dinger irgendwie hinbringen und sie reparieren kann, gibt es nicht. Dank diesen engagierten Leuten in der Markthalle, die das freiwillig machen, war es aber möglich und ich musste sie nicht wegschmeissen. Und lieber Johannes Barth, ich möchte Ihnen wirklich sagen, Sie irren sich gewaltig, dass es diese Firmen noch gibt. Das ist einfach nicht wahr. Ich hätte eine billige chinesische Maschine kaufen müssen, was ich echt nicht wollte, weil das sinnlos ist. Annina von Falkenstein, ja, ich meine, genau das ist ja das Ziel dieses Vorstosses, dass repariert wird und nicht weggeschmissen wird. Das ist das Ziel und ich denke, Sie scheinen das ja auch zu wollen, deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie doch. Und zu Harald Friedl möchte ich gerne sagen, ich hätte auch gerne noch auf dieses Zürcher Modell verwiesen, weil das wirklich sinnvoll ist und äusserst einleuchtend, aber Sie haben es schon getan, danke.

Deshalb möchte ich Sie bitten, überweisen Sie doch diesen Anzug. Es ist wirklich sinnvoll und richtig, wenn man es genau liest, das Anliegen natürlich.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniela Stumpf-Rutschmann. Sie wird abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008935, 06.05.26 17:56:29]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*: Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

### **23. Anzug 8 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Sicherung von Suizidhotspots**

[06.05.26 17:56:37, 26.5112.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

#### **Schluss der 14. Sitzung**

17:57 Uhr

